

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angetellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6488
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beitrags-
2 Mk. Postzeitungsschreiber Nr. 3164

Redaktionschluß: Sonnabend vor dem Ersten.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 23000 Exemplaren.

Inhalt.

Fleischnot, Teuerung und Teuerungszulagen. — Koalitionsrecht und corporativer Arbeitsvertrag. — Die Lohnbewegungen im Jahre 1904. — Ein Städtebund und seine Aufgabe. — Leipziger Allerlei. — Chemnitzer Strafenreiniger. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Gemeinden. — Verbandsteil. — Abrechnung der Sammellisten für die 1. Gasarbeiter-Konferenz. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Anzeigen.

Fleischnot, Teuerung und Teuerungszulagen.

Teuerung, Pestilenz und Krieg sind bisher die Geißeln gewesen, mit denen die Völker gesdzlagen wurden.

In unserem Zeitalter der Humanität, der Aufklärung und des Verkehrs glaubten wir unverfehligen Illusionisten, daß dergleichen Schrecknisse nach und nach ausgerottet würden. Die Zeitgeschichte belehrt uns durch ihre harten Tatsachen eines anderen — wenn auch schlechten. Zurzeit hält durch die deutschen Bande der Weberus: Teuerung, Hunger! Ein ganzes Meer von Druckerhärte und pariserne Berge sind zur Preissteigerung für die enorm gesteigerten Fleischpreise und den übrigen Nahrungsmittelteuerung bereits verbraucht worden und noch immer kann sich die unter agrarischem Einfluß stehende Reichsregierung zu energischen und ganzen Rottandmaßnahmen nicht aufzwingen. Der Reichstag ist im Zeichen der Fleischnot eröffnet worden und den Regierungsmännern sind würdige Anklagen ins Antlitz geschleudert worden. Wie hier vergleichbar. Die agrarischen Bucherpolitiker stehen wie Schloss auf ihrem Schein und verweigern die Definition der Grenzen. Nach Art schlauer Diebe, die da auf andere weisen und rufen: Halter den Trick und im Gedränge selbst zu entwischen verhindern, wollen auch die Agrarpolitiker die Schuld an der gegenwärtigen Fleischteuerung auf andere abdrücken. Die Viehhändler, die Schlächter sind's man, die die Fleischpreise in die Höhe treiben. Gewiß täfelt der Großviehhändler bedeutende Gewinne ein, das tut er aber schon von jeher, auch bei billigeren Fleischpreisen. Doch die Fleischnot hat er gewiß mehr auf dem Gewissen. Das gibt ihm ja gegen den gehärteten Strich. Ebensogut sind die Schlächter, die in hellen Säubern ihre Geschäfte schließen, nicht schuld an den hohen Fleischpreisen. Wüßten sie zunderbare Geschäftstrente sein, die so sich selbst ihren Profit versprechen. Auch die vorjährige schlechte Rüttelernte soll schuld sein an der Teuerung. Mag sein, daß dies nicht ohne Einfluß ist. Doch wozu haben wir Eisenbahnen, Schiffe und den Weltverkehr? Es könnte sehr wohl der Not gefürchtet werden, und darum lautet der Kampfruf: Willow mach die Grenzen auf! Der ministerielle Agrarier und Schweinefütter Podbietski, der bisher die Fleischnot-Abordnungen mit faulen Wigen absirtigte, hat sehr schlecht

prohegezt, als er sagte, die Preise werden bald wieder sinken. Zurzeit sehen die Dinge anders aus. Das Fleisch ist in den Arbeiterfamilien außerordentlich selten geworden und die Ernährung dadurch schlechter. Mit der Fleischsteuerung sind alle anderen Nahrungsmittel auch teurer gemorden: Eier, Kartoffeln, Wild, Fische, Milch, Butter usw. Selbst Heringe sind teurer geworden. Wie soll das nun erst im Winter werden, der ohnehin in ganz normalen Zeiten schon für den Arbeiterhaushalt einen gewissen Rostanz brachte! Die weiteren Folgen dieser gegenwärtigen hartnäckig anhaltenden und sich noch verschärfenden Teuerung werden sich noch auf vielen Gebieten des sozialen Lebens bemerkbar machen. Zuerst wird die Volksgesundheit darunter bedeutend leiden. Diese Teuerung ist eine famose Einleitung zu dem im kommenden Jahre in Kraft tretenden und vor nunmehr zwei Jahren im Reichstage beschlossenen Bucherzoll. Schon vor zwei Jahren gehörte dieseswegs besonderer Scharfsicht dazu, um zu erkennen, daß unter der Oberfläche der neuen Zölle Not und Elend sich allenthalben im Volle eindringen werden. Ohne zu übertrieben darum damals schon sagen, daß Pferde- und Hundesleisch unerschwinglich werden. Jetzt sind wir schon so weit, che noch der Bucherzoll in Kraft getreten ist.

Der jetzt starke Bedarf an Pferdesleisch hat eine Preissteigerung auch dieses Nahrungsmittels zur Folge. Im Kleinhandel ist der Preis für Pferdesleisch um 10 bis 20 Pf. für das Kilogramm erhöht worden. Der Aufschlag wird begründet mit dem Mangel an Schlachtieren, wodurch bei dem vergrößerten Bedarf nach zugängliche Pferde angelauft werden müssen. Aus Hamburg, Köln, Leipzig, Breslau und anderen Städten kommen eigens Rüsseläuber für die dortigen Schlachtfelder nach Berlin, um auf den Märkten Transporte zu Schlachtzwecken zusammenzustellen.

Das deutsche Volk wird zur Zeit von den inneren Feinden, den Agrariern mit der Regierung an der Spitze, regelrecht belagert, und wie in Belagerungszeiten die Bevölkerung schon zu Rattenfleisch geprägt hat, kann es auch bei dieser Belagerung dazu kommen. Das sind die Folgen der Landpolitik, und die deutsche Arbeiterschaft hat nun darunter zu leiden. Die gegenwärtige Teuerung wird aber alle die Vauen und Schäftrigen im Lande durchdringen anstrengen. Sie wird dem deutschen Michel das politische Denken einbläumen holen und mit vereinter Kraft wird das deutsche Volk diesen Belagerungsring sprengen.

Zu den deutschen Gemeinden ist inzwischen die Fleischnot allenthalben auf die Tagesordnung genommen. Billige Fleischverarbeitung; städtische Großschlachterei à la Wien, nur noch besser; Schweinezucht in städtischer Regie; kommunaler Fleischbetrieb ohne Vermietung und Teuerungszulagen werden gefordert. Das wird alles nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Doch diese Tropfen müssen fallen! Für die städtischen Arbeiter kommen neben anderen Maßnahmen die Teuerungszulagen ganz besonders in Frage. Wie wir bereits berichteten, haben mehrere Gemeinden, darunter Charlottenburg, Schöneberg, Friedenau, Schmargendorf und Wilmersdorf bei Berlin schon

den Beamten bezw. Arbeitern Tenerungszulagen verabschloßt. Von Beamten und Unterbeamten werden Tenerungszulagen gefordert in Frankfurt a. M., Stuttgart, Berlin, München, Minden und in vielen anderen Städten. In Ditzberg in Schlesien wurden den Gasarbeitern mit eigenem Haushalt für die vier Wintermonate je zwei Koffolitter Rote und ein Sack Kartoffeln geliefert. Unsere Mainzer Kollegen reichten schon in der ersten Novemberwoche ihre Tenerungsforderung ein. Ebenso sind auch die Stettiner Kollegen vorgegangen.

Zu Berlin versammelten sich laufende städtische Arbeiter und forderten nach einem Referat des Stadtverordneten und Reichstagsabgeordneten Singer Tenerungszulage. Die durch die Tenerung verursachte Mehrausgabe beträgt hier pro vierköpfige Familie mindestens 120 Ml. pro Jahr. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heute am 29. November 1905 bei Kestler, Koppenstr. 29, versammelten circa 2500 städtischen Arbeiter erklären sich mit den Ausführungen des Stadtrats Singer sowie der übrigen Diskussionsredner vollständig einverstanden. Sie rufen an den wohlhabenden Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium das dringende Erinden, unverzüglich eine

generelle Lohnverbesserung für sämtliche städtische Arbeiter in die Wege zu leiten. Solange aber die bereits eingereichten Forderungen der einzelnen Interessen von den Verwaltungsdéputationen nicht genehmigt sind, soll sofort eine

Tenerungszulage gewährt werden, um die außerordentliche Notlage der städtischen Arbeiter in eimor zu erleichtern.

Zum statutärer Aufstellung von staatlichen und kommunalen Behörden in der jeweils Vorland ein ganz erheblicher, insondere bei beworbenen durch die Abförderung der Kreuzen bzw. der Erhöhung der Fleischentnahme. Die von dem Berliner Magistrat und den Stadtverordneten anerkannte erhebliche Steigerung der Fleischrente kann aber als eine vorübergehende kaum angesehen werden, da bereits im März 1. J. die oben genannten Handelsketten eine weitere Versteigerung zahlreicher Lebensmittel und Bedarfsgüter im Gefolge haben werden.

Aus allen diesen Gründen hält es die Versammlung für eine jomite Würde der Stadthauptmann Berlin, ihren Arbeitern eine generelle Lohnzulage zuteil werden zu lassen, und beantragt des Bureau, diese Resolution den Magistrat und Stadtverordnetenkollegium als bald zu übermitteln.“

Diese Versammlung war eine gewaltige und eindrucksvolle Demonstration gegen die agrarische Raubpolitik.

Diese Tenerungsbewegung wird mächtig anwachsen und die deutschen Gemeindearbeiter werden und müssen überall mit in die Front eintreten, um gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft die Not der Zeit zu bekämpfen.

Not lehrt nicht nur allein beten, nein sie lehrt auch kämpfen und organisieren!

Koalitionsrecht und korporativer Arbeitsvertrag.

Auf der fürglich in Mannheim abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik drehte es sich bei denjenigen Teilen der Beratungen, der sich an einen Vertrag anstieß, den der alte, bereits seit Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts für eine bessere, den Arbeitern günstigere Ausgestaltung des Koalitionsrechts kämpfte und deshalb von den Arbeitern hochgeehrte Gelehrte, Professor Lujo Brentano, hielt, in wesentlichen um die Frage des korporativen Arbeitsvertrages und einer gerechteren Ausgestaltung des Koalitionsrechts, deren Lösung im gesperrten Sinne auf jener Tagung manche Widerstand erfuhr.

Der Inhalt dieser Beratungen bietet den Interessanten und Lehrenden so viel und ist deshalb für uns nicht verkehrt, auf die wesentlichsten Momente dieser allerdings rein akademischen Verhandlungen einzugehen.

Schon die Art der Zusammenstellung dieser Versammlung, die hauptsächlich ihres Personenkreises aus den Vertretern und Repräsentanten der verschiedenen, sich gegenseitig bestätigenden sozialpolitischen Richtungen bestand, mußte ganz natürlich zur Bildung von Anschauungen führen, die trotz des akademischen Charakters der Beratungen ein weit über diese Kreise hinausreichendes Interesse für sich in Anspruch nehmen.

Unter den Teilnehmern an dieser Versammlung des Vereins für Sozialpolitik sind uns einige recht bekannt. So z. B. der in der Zeit des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet, dieser preisen, aus den bewohnden minderjährigen Bergdörfern geborenen Bergmeister nicht sehr wohlgekommene, oft genannte Bergmeister Engel, noch mehr der durch seine scharmadernden Anschauungen und Vorstellungen sehr bekannte Dr. Tille aus St. Johann und andere, denen zum Teil als Antipoden auf dem Gebiete der bürgerlichen Sozialpolitik außer Professor Brentano die Herren Geheimrat Dr. Rottenburg, Professor Weber aus Düsseldorf, Dr. Darms aus Tübingen, Arbeiterrechtler Giesberts und andere gehörten.

Professor Brentano hatte sich zu einem vor dieser Versammlung zu haltenden Vortrag das Thema: „Die Arbeitsergebnisse in den privaten Betrieben“ erwählt, dem er die folgenden Leitätze zugrunde legte:

1. Errichtung der Aneignungsgelehrte der § 133 der Gewerbeordnung durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzes über überörtliche Raum und Treibung.
2. Sozialer Stand des Arbeiters, nicht nur des Sich-nichtsozialisierens.
3. Der Erfolg von laienischen, gewöhnlichen Vorlesungen, durch welche der Münchner der Wohnungsseinrichtungen als Machtmittel ausgeschaltet wird.
4. Die Statuierung eines Gremiums für Arbeiter, mit Vertretern der Organisationen der Gegenpartei über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln.
5. Zur Durchführung des Verhandlungswanges die Bestimmung, daß Staatsentitäten und Arbeiter anderer öffentlicher Korporationen nur an Unternehmer vergeben werden dürfen, die für verpflichtet, alle Arbeitstreitsachen in ihren Betrieben vor Einigungssamt und Schiedsgericht zum Auszug zu bringen und die feineren Verbindungen angehören, welche das Verbandeln mit Arbeitervertretern verweigern.
6. Zu dem gleichen Zweck muss für jedes Gewerbe eine Organisation der Arbeiter geschaffen werden, die unter Wahrung des Fortbestehens der bestehenden Gewerbevereine sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt.
7. Die frei gewählten Vertreter beider Parteien, als welche auch Personen, die weder als Arbeitgeber noch als Arbeiter dem Gewerbe angehören, gewählt werden können, haben unter Bezug eines Immerfehlens alle Streitfragen über abweichende Arbeitsverträge zu regeln. Als Immerfehler ist, wie eine Wahl des letzteren durch die Parteien selbst nicht zufinden kommt, der Verhältnis des Gewerbegelehrten des Bezirkes zu fundieren.
8. Was im sozialen Arbeitsvertrag (Massenvertrag) vereinbart wird, muß für alle an dem betreffenden Gewerbe beteiligten die gleiche rechtliche Gültigkeit haben wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrages (Einzelarbeitsabkommen).

Das Ja- und Nein in den Beratungen jener Versammlung galt hauptsächlich der Frage, ob zwischen den Vertretern der kleinen Betriebe oder den gewerblichen Betriebe überhaupt und ihren Arbeitern Tarifverträge abschließen werden sollten, die sich auf die Gestaltung der gegenseitigen Verhältnisse, mindestens der Lohns und Arbeitsbedingungen beziehen.

Der Behandlung dieser Frage sowie aller seiner Theien, deren Lösung für das gesamte gewerbliche Leben innerhalb des heutigen staatlichen und geistlichstaatlichen Ordnung recht wohl möglich, wenn gleich auch sehr schwierig ist, ist der Vortragende eine ausgesuchte Begründung zu teilen, in der er auf das absolutistische Regimen in den privaten Kleinbetrieben hinstellt, es beruhete und aus der Verweigerung der Redigierbarkeit, wie sie in diesen Betrieben den Arbeitern gegenüber trat, den Schluss zog, daß unter solchen Verhältnissen selbst die geplante Anerkennung der Arbeiterverträge im unternen Zustande befindet.

Alles das, woran der Vortragende in seinen Ausführungen hinstellt, war ja durchaus nichts neues. Wir wissen, was es mit der Freiheit des Arbeitsvertrags auf sich hat, das die Gewährung zu einem Vertragsergebnisse „gleichmäßig freier Personen“ gemacht hat, dessen Freiheit eben nur in der Theorie besteht. Es ist den Arbeitern aber gestattet, mit ihren, den gleichen Zielen austrebenden Arbeits- und Unternehmensgenossen zu verbinden, um sich von den Unternehmern günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern und gegebenenfalls durch Anwendung des legenden Mittels, des Streiks, zu erlangen. Aber die praktische Anwendung dieses gegebenen Rechtes und die „Freiheit“, sich dieses Rechtes zu be-

dienen, beschreibt uns jeden Tag aufs neue, daß der Geieghgeber dieses Recht idunglos ausüben hat, ja sogar der Anwendung dieses den Arbeitern "gewährleisteten" Rechtes zuhängeln gelegen sind, die den Weg zu seiner Wiedereinführung den Arbeitern geradezu als abschreckend erweisen lassen, indem Justiz und Polizei ihres Amtes wohlen, selbst oft auch in den Fällen, wo der Geieghgeber eine solche, den Unterzorn des Klosterhofes dienende, willkürliche Interpretation des Gesetzes nicht gewollt hat, für "Straftaten", die nie aus den Verbalmissverständnissen entstanden.

Alles das zu hören, mag natürlich für Leute, die sich auf den einzelnen Unternehmerstandpunkt stellen, nicht ungewöhnlich sein. Dem gab auch ein dieser Tagung ein Reizvortrag ausdrückl., indem er sagte, die Arbeitnehmerverbände hätten gegen die Arbeitsergebnisorganisation nichts einzwenden, sie lobten es aber ab, mit ihnen zu verbünden; sie müssten darauf bestehen, nur mit ihren Arbeitern zu verbünden! Richtig! Es ist dies nicht nur der Standpunkt des absoluten Konservativen, der unter Verhandeln ohmals das Fortschreiten der Arbeitssicherungsbestrebungen befürchtet, sondern es spricht auch aus diesen Worten die prahlende Erhabenheit, daß der einzelne Unternehmer genauso beim Abbildung des Arbeitsergebnisses hierzulande ist, als das es ihm der Deutschen Gewerkschaften nicht verüben könne, bündelnd die freien gewerkschaftlichen Arbeitsergebnisorganisationen auf den Parteien in Jena zu vereinen, indem er meinte, daß die freien Gewerkschaften nicht zulässig seien, sondern nur Gewerkschaften für die Sozialdemokratie wären sollten. Alles was bewundernswert ist, verfehlten jetzt seine Meinung nach andere Gewerkschaftsorganisationen mehrfachste parteipolitische Ziele. Heiligenschein war und Arbeitsergebnisorganisationen, wo doch von einer sozialistischen und sozialdemokratischen Gruppe nicht die Rede sein kann. Nach dem alten, durch die Partei widerlebter Sinnlosigkeit beginnendem will, daß im Weltmarkt auf die bestimmten Wirtschaftsgebräuche und Bedingungen angewandt auf das Ausland und andre Monopolverfügung kein auf dem Weltmarkt genommen werden mögliche. Deshalb kommt nur der eindeutliche Will im Betriebe heran. Den Vortrag dafür stieß er aber der Versammlung sinnbildig dar, daß alles das, was Westdeutsche Werke in seinen Verträgen niedergelegt und in seinen Ausführungen begründet hatte, reziprozierenweise unsere Konkurrenzfabriken auf dem Weltmarkt ungünstig beeinflussen würde.

Es würde zu weit führen, wollten wir auf den Inhalt aller der Verhandlung vorliegenden Vorschläge eingehen; es mag genügen, zu erläutern, daß wir ihnen zustimmen. Wer wäre z. B. nicht der Meinung, daß der § 158 der Veterinärordnung, der sich in seiner Ausformung als ein Abschreckungsmaß gegen die Arbeitnehmer stellt, fallen müsse, weil es die Gesetzgebende schon heute nicht an Macht fehlt, krankmachende Handlungen erneut zu treten. Wenn jedoch vor, daß in dem Maße eines freudigen geschaffenen Erfolges zu eifern hat, der sich mit seinem Arbeitsaufgaben nicht verträgt und diese nachdrücklich bei dem Arbeitgeber zur Erledigung wünscht, so ist dies eine Tatsache, welche die Arbeitgeber in den Weg treibt.

Doch von den drei beiden einer vorzüchlichen Sozialpolitik bedarfenden manches hinauswiesen wird, was geeignet war, die wesentliche Unzufriedenheit des Arbeiters trostend zu illustrieren und anderer Bevölkerungsschichten zugänglichen Wohlstandserreichbarkeit, die nicht aber Wohlstandserreichbarkeit nicht als den Zweck genommen haben, entfernen zu lassen, so nur beständig erwähnt.

Auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik wurde vor dem Vortragen als auch von einigen auf dem Vortrage eingetretenden Sozialpolitikern hervorragender Deutlichkeit an jener Versammlung vornehmlich bestehende und bestreitbare Punkte erörtert werden. Die Diskussion war nun in den Pausen, die Zittern und den Zwischenreden zwischen den Sitzern abgehalten.

Die Geschichtsschreiber der Vorzeit waren wir, die in den Theben und Palästen lebten, und wird noch lange auf uns warten lassen. Das bestechende ist, dass wir von ihnen hören, wie die Geschichtsschreiber eines anderen großen Reiches des alten Mittelmeeres und Afrikarandes erzählten. In einer anderen Geschichte, nämlich der Tropenländern, was natürlich eine Stunde nach der heutigen geschrieben war, so nahm mit diesem Geschichtsschreiber die neue Erkenntnis, welche den Abgang vom Erdkugelrund vorausgesagt, nicht über den Abgang vom Weltkugelrund gesprochen. Der Wissenschaft hat die vor dem Weltkugelrund erkannt. Zwar, eine Geschichtsschreiberin, die später geschrieben hat, die schreibt, und schreibt, aber einer Voraussehung, die diese geschrieben hat, die Schreiberin, welche das gemacht, oder, vielleicht, nur noch keinen Koch füllung, das in dem Jahr, die Schreiberin, welche in dem Gelehrten, um wenig bedeckt, auf dem Weltkugelrund, oder Weltkugelrund, oder Weltkugelrund, auf dem

Die Festlegung der Rechtsverhältnisse für die Tarifverträge wäre gewiß notwendig, aber wie die Verhältnisse nun einmal liegen, kommt es immer auf die Bestimmungen an, die in die Verträge aufgenommen werden sollen. Ob diese Bestimmungen für die eine oder die andere Partei günstig oder ungünstig sein werden, ist natürlich von dem Verbandeln an sich unabhängig, sondern richtet sich in einem Falle nach den Machtmitteln des Arbeitgebers oder der Arbeitnehmervereinigungen. Zugrund des Abhängigkeits von Tarifverträgen wird es das liegen in der sozialen Stellung zwischen Unternehmern und Arbeitern zu Kompromissen kommen. Diesen Kämpfen im Interesse des Gemeinwohls ihre Theorie zu nehmen und, sind sie einmal ausgetragen, zwischen den streitenden Parteien einen modus vivendi zu schaffen, ist das Schreien aller Einbildung.

Die ersten Anfänge zu einer solchen Beziehung der Dinge, wie sie dem Reiferenzen vorzuherrsche, sind bereits heute schon in den Tarifverträgen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vorhanden. Abstraktionen, die zwar durch die Illusionen, meistenteils erzielt durch den Rompi, herbeigeführt werden sind, aber nur auf der freien Einsichtnahme der beteiligten Kreise beruhen.

Wenndend auf die Ausführungen des Professors Brentano und der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Mainz, beim von seinem Vorgange als *Sozialmoralistisch* bezeichnet werden sind, so muss ich hierbei doch das Gesicht beibehalten haben, dass die Lehren des absoluten Daseinums auf dem Wege des wissenschaftlichen und wachsenden Lebens sieben zu weiteren und unterscheidbaren Zweigen vorliegen, und an die Stelle des Allgemeinsozialismus eine Theorie des Kapitals treten muss. Dieser Stand der Dinge kann aber, trotz aller Bemühungen wohlmeinender bürgerlicher Sozialpolitiker, noch früher eintreten, als bis die Arbeiters durch ihre bessere und dauerliche Aussichtnahme ihrer gewerblichen Tätigkeit die Konkurrenz bestehen werden gezwungen haben.

Die Lohnbewegungen im Jahre 1904.

Sowenig sich das Wirken der Gewerkschaften in Deutschland in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen finanziell darüber lässt, beeinträchtigt sich die Darstellung auf die Quantifizierung des Streiks und Angaben über die Zahl der erfolglosen, teilweise erfolglichen und erfolglosen Arbeitseinstellungen. Seit dem Jahre 1900 ist es infolge Verbesserung der Statistik möglich geworden, auch die Zahl der Personen anzugeben, die bei den Streiks voller oder teilweise Erfolg erzielten. Es konnte in den letzten Jahren bestimmt angegeben werden, wie viel Personen eine Verkürzung der Arbeitzeit und eine Lohnherabsetzung erzielt haben. Doch hat die einzige Arbeitseinstellung und Lohnherabsetzung im ganzen und im einzelnen angeht. Vom Jahre 1900 wird auch diese Angabe gemacht werden können so daß dann ein Bruch darüber ermöglicht wird ob die für die Streiks gebrochenen Sparten den Erwartungen entsprechen.

Es kommt aber, mehr die Ereignisbedeutung eines Streiks in unmittelbarer Vergleich mit den eingesetzten Mitteln und Kräften zu stellen. Es werden die Fortentwicklungen der Arbeiterschaft eines Monats nach einem verlorenen Streik untersucht und durchzuführen. Zahlenreicher aber sind die Zeiten, in denen die Unternehmer es bei Fortentwicklung der Arbeiterschaft nicht zu einer Arbeitsermittlung kommen lassen, nachdem sie die Wirkungen eines, wenn auch unzureichenden Streiks beobachten. Es ist anzuhören, ob diese am Ende der Arbeitsermittlung eintretend, wie im Verlaufe vorangegangener Streiks, die Unternehmer sich nicht geneigt zeigen, mit der Arbeiterschaftsorganisation zu verhandeln.

Stets kommen die zahlreichen Zellen, in denen die Unternehmens- oder auch Gewerbeleidzeichen geäußert werden, und finden das es zu einem beständigen Spannungsverhältnis zwischen diesen Zellen und dem Hintergrund kommt, welches nicht selten ist, als die Arbeitsschicht. Eine der häufigsten Formen eines Zellzustandes besteht darin, dass im Hintergrund eine Zelle verdeckt am Rande eines Gebüschs oder einer Gruppe von Blättern oder Blüten sitzt, während sie im Inneren eine lebhafte Arbeitsschicht aufweist.

Wurde das Dokt. und der Dr. Spanien sehr wohlauf sein sollte, um weiter Hörungen. Das darüber noch lange die Sitzung verordnet werden, ist in mehrere Sitzungen noch lange nicht gewünscht in die Besprechungen des Arbeitsteilungsraumes und die Kompetenzen bestimmt werden. Die Ergebnisse sind vorherhanden und können in jedem Falle so erläutert und die Bezeichnung kann durch die Vornamensnachnamen der beiden Doktoren direkt den Vornamen nachnamen für jede der Arbeitsteilungen übernommen werden.

Grundsäben zu führen und die Ergebnisse dieser Statistik von der Generalkommission zusammenstellen und veröffentlichten zu lassen.

Doch eine solche Aufnahme im ersten Jahre nicht vollkommen sein kann, ist leicht erklärlich. Von den Verbänden, in welchen eine solche Statistik seit längerer Zeit geführt ist, wird heute schon Vollkommenes geboten werden können. In den Organisationen, in welchen diese Statistik neu eingeführt ist, wird es jedoch noch längere Zeitung der Beamten der Gewerksvereine bedürfen, ehe die Aufnahmen auch hier umfassend genug werden, um ein vollkommenes Bild der gesamten von den Gewerkschaften Deutschland durchdrückenden Lohnbewegungen geben zu können. Da einigen Jahren wird es aber gelingen, diesen heute noch zu konstituierenden Mengel zu befähigen, wie es auch im Laufe des Jahres gelungen ist, die Vorschriften von den Gewerkschaften rechtmäßig realisierten Stellung zu auszugestellten, daß sie heute allen Anforderungen genügen, die an solche Arbeiten zu stellen sind.

Ein Maßstab wird der Statistik über die Lohnbewegungen wohl noch für längere Zeit anbieten. Es wird wohl in ferner Zeit möglich werden, die durch die Lohnbewegungen erzielten Erfolge und schließlich auch die Veränderung der Arbeitsbedingungen, die nach erfolglosen Lohnbewegungen eintreten, vollständig darstellen zu können, nicht aber wird es so schnell gelingen, die Beschreibung der Arbeitsbedingungen anzugeben, die von den Arbeitern ohne nennenswerten Widerstand hinnehmen werden. Wird auch die Beobachtung über diese Voraussetzung, in gewissem Weise erfolgt, so werden wir dann kommen, teilweise zu können, welche Veränderungen in der Dauer der Arbeitszeit und der Lohnhöhe in jedem Jahre zu verzeichnen ist. Von dem endlosen Arbeitssinn und einer solche Statistik seit länger als einem Jahrzehnt zu erhalten ist der Gewerkschaften gefügt und es liegt kein Grund vor, einzurufen, daß das Gleiche nicht auch von den Gewerkschaften Deutschland durchdrückt werden sollte, soweit die von diesen bis her rechtmäßig erlangten Organisationen den Leistungen des erschöpften Arbeitsteams sehr gut zu Seite gestellt werden können. Diese Stimme in Verbindung mit den Wirkung dieser erzielten Voraussetzung auf die Erfolge der Lohnbewegungen dürfte die ersten Schritte für diese Statistik zu machen haben, bevorlängen, ihre Kraft einzuführen, um das Beste zu leisten, damit die gemeinsame Arbeit vollkommen wird.

Lohnbewegungen waren insgesamt im Jahre 1904 in 40 Organisationen in 1310 Orten in 1548 Betrieben mit 249 382 Bediensteten zu verzeichnen, die drei Organisationen fehlte die Angabe der Zahl der Betriebe. An den Bewegungen waren 184 200 Arbeiter und Arbeitnehmer beteiligt. An 796 Orten, von den 1310 in welchen Bewegungen stattfanden, bestand eine Unternehmensorganisation, welche die von der Bewegung betroffenen Unternehmern in 616 Orten gehörten. In 575 Orten kam es infolge der Bewegungen zum Abschluß eines Tarifvertrages. An Ausgaben erforderten die Bewegungen insgesamt nur die Summe von 20 892 M. Diese geringe Ausgabe erklärt sich dadurch, daß vielfach die Ausgaben für Dienstleistungen usw. welche für die Bewegungen erforderlich waren, von den Organisationen als Verordnungsgetreter oder auch als Ausgaben für Autotaxis gebucht wurden. Von den Bewegungen erhielten 1657 durch Vergleichsverhandlungen und zwar ferner die Verhandlungen hielten in 929 Orten zwischen den Parteien direkt, 171 Orten mit der Unternehmensorganisation, 21 Orten mit dem Gewerkschaftsrat, 611 Orten unter Teilnahme der Organisationen und 18 unter Teilnahme anderer Personen oder Störpersonen. In 197 Orten wurde auf Antrag des Unternehmers und in 1770 Orten auf Antrag des Arbeiters in Verhandlungen eingetretener.

Die Lohnbewegungen im Berufe nicht stattgefunden haben, bestehen die Verhandlungen der Organisationen der Angestellten, Barbiere, Bergarbeiter, Blumenarbeiter, Buchdrucker, Gartner, Fleischwarenhändler, Friseure, Handlungsbuchhalter, Kassearbeiter, Mädchinnen, Dienstboten, Kesselläufer, Seelenleute, Waschearbeiter, Werkbarbeiter und Schreiberschwestern.

In den Dienstberufen, Büros und Stoffwaren haben Bewegungen stattgefunden, doch bisher hat die Unternehmensorganisation in den Vollkommenen nichts getan, wie es für die Verhandlungen in der Zukunft erforderlich ist. Der Beruf des Postbeamten, Geschäftsführer und andere eine Lohnbewegung in Organisationen und gehörten dieser die betroffenen Unternehmern in 534 Orten an. Zum Abschluß eines Tarifvertrages kam es bei diesen Bewegungen in 559 Orten. Am Ausgaben entstanden insgesamt 16 241 M. Durch Vergleichsverhandlungen

wurden die Bewegungen beigefügt in 1478 Orten, und zwar wurden die Verhandlungen geführt in 813 Orten zwischen den Parteien direkt, in 166 Orten zwischen der Arbeiter- und der Unternehmensorganisation, in 29 Orten bei dem Gewerbegericht, in 528 Orten unter Teilnahme der Organisationseinheiten und in 16 Orten infolge Vermittlung dritter Personen oder Störpersonen. Die Verhandlungen erfolgten auf Antrag der Unternehmer in 94 und auf Antrag der Arbeiter in 1173 Orten.

Der Erfolg der Bewegungen war für 48 534 Arbeiter und Arbeitnehmer eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 123 252 eine Lohnverbesserung. Für 1185 dieser Beteiligten fehlt die Angabe über die Summe der erreichten Arbeitszeitverkürzung und für 1872 die Summe der erzielten Lohnverbesserung. Es erreichten insgesamt 47 316 Arbeiter und Arbeitnehmer eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 192 420 Stunden pro Woche und 121 380 Arbeiter und Arbeitnehmer eine Lohnverbesserung von zusammen 240 118 M. pro Woche.

Die folgende Auflistung zeigt, in welchem Maße die Mitglieder der einzelnen Organisationen in den verschiedenen Industriegruppen an diesen Bewegungen und dem erzielten Erfolge beteiligt waren:

Organisation	Zahl der Orte teiligen	Gesamtbewegungen		
		Arbeitszeitverkürzung	Lohnverbesserung	Wahl
Baubüroarbeiter	43	12 085	2 058	6 333
Tischdecker	13	497	360	1 820
Glaier	9	699	638	3 519
Maler	13	1 360	398	1 104
Maurer	202	30 777	6 561	26 511
Stenarbeiter	22	1 116	283	2 769
Steinfeiger	56	2 884	449	1 738
Torfer	27	1 319	193	1 120
Zimmerer	104	11 293	3 926	13 559
Zusammen	489	62 130	15 196	38 264
		59 103	115 759	

Metallindustrie und Schiffbau:	Metallindustrie und Schiffbau:				
	Arbeiter	Ge. Personen	Stunden	Personen	Wahl
Metallarbeiter	69	19 529	8 511	25 493	9 066
Kunstschmiede	2	17	8	—	—
Schäfsummerater	4	130	75	225	180
Schmiede	19	714	930	2 204	687
Zusammen	94	20 390	8 919	27 922	9 915
					24 953

Graphische Gewerbe und Papierindustrie:	Graphische Gewerbe und Papierindustrie:				
	Arbeiter	Ge. Personen	Stunden	Personen	Wahl
Buchbinden	9	3 079	—	—	—
Buchdruckerei-Pülss-	4	686	86	159	600
arbeiter	22	1 037	565	1 654	291
Ediographen	35	4 752	601	1 713	891
Zusammen					1 169

Holzindustrie:	Holzindustrie:				
	Arbeiter	Ge. Personen	Stunden	Personen	Wahl
Bildhauer	18	896	415	760	650
Brenner	16	1 108	721	3 245	1 108
Holzarbeiter	108	19 344	7 707	28 746	14 577
Tapezierer	8	785	785	—	785
Vergolder	3	115	77	462	31
Zusammen	145	22 248	9 705	28 213	17 151
					27 453

Rohr-, und Glasmittelindustrie:	Rohr-, und Glasmittelindustrie:				
	Arbeiter	Ge. Personen	Stunden	Personen	Wahl
Gäder	17	1 768	221	1 644	1 627
Prärier	96	13 588	6 939	25 090	18 523
Kleider	4	2 060	406	4 872	124
Müller	2	354	354	—	—
Zobalarbeiter	29	1 127	46	—	1 087
Gitarrenträger	5	125	—	—	125
Zusammen	144	19 022	7 906	31 546	16 486
					42 849

Fleischindustrie, Lebensmittelindustrie, Textilindustrie:	Fleischindustrie, Lebensmittelindustrie, Textilindustrie:				
	Arbeiter	Ge. Personen	Stunden	Personen	Wahl
Schneider	14	2 864	49	294	167
Schuhmacher	35	1 351	288	1 554	1 193
Hutmacher	4	1 948	1 870	11 160	98
Dampfdruckmacher	8	160	—	—	62
Mühlner	7	374	122	782	215
Wederarbeiter	2	62	16	96	46
Futtermischer	5	268	—	—	268
Textilarbeiter	11	1 149	105	501	1 014
Zusammen	81	8 176	2 450	14 337	3 093
					5 008

Sonstige Berufe:	Sonstige Berufe:				
	Arbeiter	Ge. Personen	Stunden	Personen	Wahl
Bureauangestellte	1	2 500	—	—	—
Aufarbeiter	21	4 001	2 207	15 330	3 431
Gemeindebetriebs-	24	22 582	487	6 762	9 505
arbeiter	6	275	30	60	245
Postarbeiter	33	3 688	1 003	8 273	3 182
Handels-Transport-	85	33 356	3 727	30 425	16 613
arbeiter					22 927
Zusammen					

Es erhielten ferner bei den Gemeindeparkarbeitern 18 736 Personen teilweise kleine Aufbesserungen, 1529 Anwälten und Hinterbliebenenverfügung, 3657 Sommerurlaub von 2-5 Tagen und 11 000 im Straftheitsfalle die Differenz zwischen Strafengeld und Lohn auf die Dauer von 4-6 Wochen bewilligt. Bei den Holzarbeitern wurde, in 22 Fällen ein Minimallohn garantiert, in 35 Fällen ein Lohnzuschlag für Überstunden bewilligt, in 10 Fällen der Lohn bei Aflordarbeit garantiert, in 10 Fällen die Aflordarbeit und in 3 Fällen der Mott- und Logisgwang beim Arbeitgeber abgeschafft. Bei den Lithographen erhielten 120 Arbeiter Feiertagsbelohnung und 298 einen Zuladtag von 25 Prog. für Überstunden bewilligt. Bei den Steinleibern wurde durch tarifliche Festlegung der Arbeitsleistung für 900 1000 Arbeiter eine indirekte Lohn erhöhung von 20-25 Prog. - 12-14 000 Ml. pro Woche erzielt und bei den Fabilarbeitern erhielten 33 Personen besseres und 7 ausreichendes Material infolge der Bewegungen gefordert. Damit ist die Summe der neben der Arbeitszeitverkürzung und der Lohn erhöhung herbeigeführten Verbesserungen kennzeichnend erkennbar, doch werden sich alle diese nicht gut in einer Statistik ausführen lassen. Diese Beispiele sollen nur zeigen, daß die Bewegungen nicht nur Arbeitszeitverkürzung und Lohn erhöhungen, sondern auch eine Reihe sonstiger Verbesserungen der Arbeitsbedingungen herbeiführten.

Den größten Anteil an den Lohnbewegungen hatte das Bem gwerke mit Bewegungen in 489 Orten und 62 030 Beteiligten, einer Arbeitszeitverkürzung von 58 241 Stunden pro Woche für 15 160 Beteiligte und einer Lohnverhöhung von 115 759 Ml. pro Woche für 59 108 Personen. Der Hauptanteil der Bewegungen mit 30 777 Beteiligten, 26 511 Stunden Arbeitszeitverkürzung für 6861 und 72 241 Ml. Lohnverhöhung pro Woche für 30 777 Personen entfällt in dieser Industriegruppe auf den Verband der Maurer. Dann folgte die Gruppe Holzindustrie und in ihr an erster Stelle der Holzarbeiterverband. Einen verhältnismäßig großen Anteil an den Bewegungen hatte der Verband der Brauer und der Gemeindeparkarbeiter. Ersterer hat besonders Erfolge bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit zu verzeichnen. Es erzielten 6939 Brauer eine solche um zusammen 25 030 Stunden pro Woche und 13 523 eine Lohnverhöhung von zusammen 39 077 Mrl. Ein großer Teil dieser Erfolge dürfte der tätigen Mithilfe der Arbeiterorganisationen in den verschiedenen Orten zu danken sein, deren Einfluß auf die Brauereibesitzer sich jedenfalls geltend gemacht hat.

Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen wurden im letzten Jahre von 29 Organisationen in 234 Orten in 362 Betrieben mit 35 673 Beschäftigten geführt. An diesen Bewegungen waren 11 232 Personen beteiligt. Unternehmerorganisationen bestanden an 16 Orten und geboten in 82 Fällen die betroffenen Unternehmer diesen Organisationen an. Zum Abschluß eines Tarifvertrages kam es bei diesen Differenzen nur in 16 Fällen. Die Ausgaben für die Bewegungen betrugen 4551 Ml. Durch Vergleichsverhandlungen wurden die Differenzen in 211 Fällen beigelegt, und zwar fanden Verhandlungen 57% direkt zwischen den Parteien in 116, mit der Unternehmorganisation in 7, vor dem Gewerbegericht in 4, durch Vermittlung der Organisationsmitränen in 82 und durch Vermittelung anderer Personen und Arbeitgeber in 2 Fällen. Die Verhandlungen wurden eingeleitet auf Antrag des Unternehmers in 13 und auf Antrag des Arbeiters in 197 Fällen. Diese Zahlen sind nicht vollständig, weil für den Verband der Maurer nur angegeben ist, daß in 80 Orten Bewegungen stattfanden, wobei 74 wegen Lohnkürzung und jedoch wegen Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt werden mussten und daß die Bewegungen erfolgreich waren. Weitere Angaben fehlen.

Durch die Bewegungen wurde abgewehrt für 2583 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 9777 Stunden pro Woche und für 3379 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 10 670 Ml. pro Woche. Diese in der Abwehr erzielten Erfolge sind mit denen durch die Angriffsbewegungen herbeigeführten zusammenzustellen, wenn der Gesamterfolg der Lohnbewegungen des Jahres 1904, so weit er die Dauer der Arbeitszeit und die Lohnhöhe betrifft, völlig gewürdigt werden soll.

Insgesamt erreichten eine Arbeitszeitverkürzung oder mehrere eine Arbeitszeitverlängerung ab 39 929 Arbeitern und Arbeitnehmerinnen von zusammen 292 197 Stunden pro Woche; Lohnverhöhung erreichten oder Lohnkürzungen wehrten ab 124 759 Arbeitern und Arbeitnehmerinnen von insgesamt 250 788 Ml. Für weitere 1188 an den Lohnbewegungen Beteiligten, die eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 1872, die eine Lohnverhöhung erzielten, fehlte die nobare Angabe des Erreichten.

Die Arbeitszeit wurde in den Einzelfällen von $\frac{1}{2}$ bis zu 96 Stunden pro Woche verkürzt, während Arbeitszeitverlängerung den Arbeitern von $\frac{1}{2}$ bis 12 Stunden angetragen wurde. Lohn erhöhung wurden von 50 Pf. bis zu 12 Ml. pro Woche erzielt und angebotene Lohnkürzungen von 50 Pf. bis 10,50 Ml. abgewehrt.

Die Zahl der Arbeitnehmer, die in den zwischen diesen Ziffern liegenden Schlußfazilen Arbeitszeitverkürzung oder Lohnverhöhung erzielten oder Arbeitszeitverlängerung oder Lohnkürzung abwehrten, ergibt die folgende Auflistung.

Es erreichten pro Woche:

Arbeitszeitverkürzung Stunden	Arbeiter	Lohnverhöhung	
		Marl	Arbeiter
$\frac{1}{2}$	626	bis 0,50	9 412
1	649	0,60-1,00	15 368
$1\frac{1}{4}$	136	1,10-1,50	37 746
$1\frac{1}{2}$	1 533	1,80-2,00	25 028
$2\frac{1}{2}$	780	2,10-2,50	9 979
$2\frac{3}{4}$	86	2,60-3,00	15 958
3	20 709	3,10-3,50	6 058
$3\frac{1}{2}$	746	3,80-4,00	4 705
$3\frac{3}{4}$	8	4,10-4,50	1 562
4	294	4,80-5,00	600
$4\frac{1}{2}$	152	5,10-5,50	77
5	289	5,60-6,00	777
6	11 672	6,10-6,50	11
7	445	6,60-7,00	87
$7\frac{1}{2}$	942	12,00	4
9	690		650
10	80		
11	21		
12	1 020		
16	23		
18	344		
26	150		
96	4		
Summa		121 390	

Es wehrten ab pro Woche:

Lohnkürzung Stunden	Arbeiter	Arbeiter	
		Marl	Arbeiter
$\frac{1}{2}$	40	bis 0,50	40
1	256	0,60-1,00	
$1\frac{1}{2}$	312	1,10-1,50	
2	996	1,60-2,00	
$2\frac{1}{2}$	150	2,10-2,50	
3	269	2,60-3,00	
$3\frac{1}{2}$	219	3,10-3,50	
4	67	3,80-4,00	
$4\frac{1}{2}$	589	4,50-5,00	
5	13	5,10-5,50	
8	84	6,00	
6	290	7,00	
8	12	10,00	
11	80	18,50	
12	173	??*)	
Summa		3 879	

Es währten ab pro Woche:

Arbeitszeitverlängerung Stunden	Arbeiter	Arbeiter	
		Marl	Arbeiter
$1\frac{1}{2}$	48		
8	2 079		
6	260		
8	46		
11	110		
12	27		
Summa		2 583	
Summa		3 879	

In der Regel wurde die Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde oder um eine Stunde verlängert. Die erste Verabsiedigung der Arbeitsdauer erreichten 20 709, die letztere 11 672 Arbeiter und Arbeitnehmer. Eine Arbeitszeitverlängerung von täglich zwei Stunden erreichten noch 1020 Personen. Die über zwei Stunden täglich erreichte Verlängerung der Arbeitszeit betrifft sicher Ausnahmefälle. Eine Verlängerung um 16 Stunden wöchentlich erlangten 23 Brauer, eine solche um 18 Stunden 204 Fabrikarbeiter und 14 Transportsarbeiter, eine solche um 26 Stunden 150 Gemeindeparkarbeiter, infolge Einführung des Abendintendages und eine solche von 36 Stunden vier Brauer. Ein halbjährige Verlängerung des Arbeitstages wurde für 2079 Personen abgelehnt. Die Verlängerung der Arbeitszeit um 11 Stunden wurde in der Metallindustrie, die um 12 Stunden im Fleischergewerbe verhakt. Die Mehrzahl der Arbeiter, 103 479, erhielt eine Lohnverhöhung von 60 Pf. bis 2 Ml. pro Woche. Eine Lohnsteigerung von 2,10-3 Ml. erzielten 25 337 Personen. Eine Lohnverhöhung von 6 Ml. pro Woche erzielten nur 777 Personen. Von 6,60 bis 7 Ml. Lohnzulage erhielten 57 Brauer und eine solche von 12 Ml. 4 Töpfer. Die berührten Lohnzulagenmenen bei über 6 Ml. pro Woche waren ausschließlich in der Metallindustrie zu verzeichnen.

Von den sonstigen Abwehrbewegungen betrafen noch 5 Fälle mit 511 Beteiligten die Abnahme des Betriebes, die Lohnarbeit zu befehligen; 15 Fälle mit 3576 Beteiligten die Rücknahme einer feststehenden Fabrikordnung; 10 Fälle mit 513 Beteiligten Mahlzeitergänzung und 14 Fälle mit 2469 Beteiligten die Abreise von Anforderungen verschiedener Art.

Die Zahl der Bewegungen, die ohne Erfolg endeten, läßt sich nach der für diese einzige Aufnahme pflichtigen Kragstellung weder für die Abgriff noch für die Abwehrbewegungen angeben. Es läßt sich jedoch annehmen, daß alle zur Abwehr geführten Bewegungen mit einem Erfolg endeten, sofern man von den Verhandlern angegeben wurde, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit oder eine Zeitentzug eingetreten ist. Wie oben bemerkt, wird dieser Teil der Statistik wohl nicht vollständig sein, weil das Verhältnis für die Wissenschaft auch dieser Seite der Statistik noch nicht allseitig vorhanden sein dürfte.

Über eingesetzte Arbeitszeitverlängerungen wird von keiner Organisation berichtet. Über Lohnkürzungen berichten 7 Organi-

* Bei 650 Bäckern ist die Gesamtsumme der erreichten Lohnverhöhung nicht über die für die einzelne Person erreichte, angegeben.

**) Auf 173 Steinarbeiter steht die Angabe der Summe der abgewehrten Lohnkürzung im einzelnen und im ganzen.

sationen. Es erlitten 477 Arbeiter und Arbeitnehmer eine Lohnkürzung von zusammen 551 Ml. pro Woche, und zwar waren Lohnreduzierungen zu verzeichnen bei den: Möddern für 29 Personen mit 29 Ml., Holzarbeitern für 22 mit 13 Ml., Federarbeiten für 13 mit 26 Ml., Metallarbeitern für 49 mit 95 Ml., Schuhmäden für 23 mit 22 Ml., Tellerarbeiten für 275 mit 300 Ml. und Töpfen für 60 Personen mit 60 Ml. pro Woche. Bis 50 Pf. Lohnverkürzung mussten hinnehmen 17, von 60 Pf. bis 1,00 Ml. 370, von 1,50 Ml. 8, von 2,00 Ml. 77, von 2,50 Ml. 2 und von 3,00 Ml. pro Woche 3 Personen. Bei den Maurern ist in den letzten 2 Jahren für 8025 Arbeiter eine Lohnreduzierung und für 888 Arbeitnehmer eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten, doch fehlen nähere Angaben darüber, in welchem Umfang eine Verkürzung der Arbeitsbedingungen im letzten Jahre eingetreten ist.

Vergleichen wir das Ergebnis der Statistik im allgemeinen, so werden wir den Gewerkschaften die Anerkennung für ihre Werte im Interesse der Arbeiterschaft und im besonderen unter ihrer Mitglieder nicht verweigern können. Es sind pro Woche 202 197 oder im Jahre rund 10 000 000 Stunden Arbeitszeitverkürzung erreicht worden. Das ist eine dauernde Errungenschaft der Gewerkschaften, aber sie kommt nur rund 50 000 Arbeitern und Arbeitnehmer zugute.

Bezuglich der Lohnverhöungen und der Abwehr von Lohnkürzungen dürfte es aber fraglich sein, ob sie wirklich zu einer Verbesserung des Lebensbalancen der Arbeiterschaft geführt haben. Wir sind überzeugt, daß von dem Zehntausendstum die Zahl aufgegriffen werden, daß erläutert werden wird: eine viertel Million Mart Lohnverhöhung pro Woche oder rund 12 000 000 Ml. im Jahre sei eine enorme Steigerung des Einkommens der Arbeiterschaft. Zunächst aber sei bemerkt, daß die Arbeiterschaft niemanden weiter, als sich selbst, als ihrer Erfolgserfolge für ihre Gewerkschaften diesen Erfolg verdankt. Es handelt sich hier nicht um freiwillige Leistungen des Unternehmertums, sondern um Errungenschaften, die der Organisation der Arbeiterschaft zu danken sind.

Trotzdem ist aber mehr als wahrscheinlich, daß diese Lohnsteigerungen das nicht aufgewiesen, was den Arbeitern durch finanzielle Wertsteigerung der Nahrungsmittel und Brauchtumsgegenstände genommen ist. Und wiederum ist es nur ein geringer Teil der Arbeiterschaft, sind es nur rund 125 000 Arbeiter und Arbeitnehmer, die sich einer Erhöhung ihres Einkommens erfreuen können. Mehr als 5 000 000 Industriearbeiter und Arbeitnehmer haben die Verkürzung der Nahrungsmittel ertragen müssen, ohne ihr Einkommen erhöhen zu können. Es wäre, trotz aller Anerkennung, die wir den Leistungen der Gewerkschaft zollen müssen, verfehlt, nach dem Erreichtenen darauf zu schließen, daß sich im letzten Jahre die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gehoben habe. Und wenn im nächsten Jahre der Zolltarif voll zur Geltung kommt, dann wird mit einem Schlag das vernichtet sein, was die Gewerkschaften in einem Jahrzehnt an Lohnverhöungen erreicht haben. Das dürfte den Arbeitern nach zwei Richtungen zu denken geben. Sie werden daraus erkennen müssen, daß sie mehr noch als bisher zu ihren Gewerkschaften halten und für deren Ausbreitung und Stärkung mit aller Kraft sorgen müssen. Zweitens aber muß es ihnen klar zum Bewußtsein kommen, daß es mit dem gewerkschaftlichen Kampf allein nicht getan ist, wenn durch ein Gesetz allein die Errungenschaften der Gewerkschaftsorganisationen eines Jahrzehnts vernichtet werden können. Sie müssen aus diesem Ergebnis die Lehre ziehen, daß sie sich auch um die politischen Vorgänge zu kümmern und dafür zu sorgen haben, daß die Geschrebebung nicht zu ihrem Schaden arbeitet.

Und wenn wir dann noch in Betracht ziehen, daß selbst in einer Periode wirtschaftlich günstiger Konjunktur und steigender Nahrungsmitteleinfüsse Lohnkürzungen eintreten, so muß mit allem Nachdruck die Mahnung ausgeprochen werden, daß die Arbeiterschaft daran zu denken hat, daß noch gewaltig viel zu tun ist, ehe ihr Rad auf eine austreibende Lebenshaltung zur Geltung gebracht werden kann.

Wir erwarten bestimmt, daß im laufenden Jahre energischer daran gearbeitet wird, den Aussgleich zwischen Nahrungsmittelverteilung und Lohnhöhe herzustellen. Nicht gedenkt in ihrer Schilderung daran, daß die Arbeiterschaft, sondern sie muß, durch rückichtslosen Kampf bestrebt sein, die Leisten, die ihr durch eine umfassende Wirtschaftspolitik auferlegt werden, abzuwürgeln. Die Verantwortung für diese Kämpfe mögen jene tragen, welche die Arbeiterschaft in diese Zwangslage gebracht haben. Auf alle Fälle muß die Arbeiterschaft zu dem Bewußtsein kommen, daß Dulden und Dörtern nicht nur ihrer unwürdig, sondern auch geeignet ist, ihre Widerstandskraft völlig zu brechen.

E. Legien.

Ein Städtebund und seine Aufgabe.*)

„Deutscher Städtebund“ nennt sich eine im Jahre 1903 gegründete Vereinigung von Vertretern deutscher Städte. Sein Vorstand, der sich in letzter Zeit durch seine Stellungnahme zur Fleischnot bemerkbar gemacht hat, ist sich, wie wir längst mitgeteilt

haben, schlüssig geworden, demnächst einen Deutschen Städtebund zu bilden, der die definitive Konstituierung der Vereinigung vornehmen soll. Mit dem 1. Januar 1908 soll der „Deutsche Städtebund“ als eine dauernde, feststehende Organisation ins Leben treten. Nach dem vorliegenden Entwurfsvorlage ist er ein Verband deutscher Städte und Städteverbände, der hat die Aufgabe, die Wohlfahrt der ihm angehörenden Gemeinschaften zu pflegen, die gemeinschaftlichen Interessen der Städte zu wahren und die Kenntnis und Ausbildung der Verwaltungseinrichtungen untereinander zu fördern. Zu Gewerbung der Mitgliedschaft sollen berechtigt sein: a) die deutschen Städte, welche bei der jeweiligen letzten allgemeinen Volkszählung die Einwohnerzahl von 25 000 erreicht haben; b) solche Gemeindeverbände, die abgesehen von den nach Abzug a) schließend vertretenen Städten, eine städtische Bevölkerung von zusammen nicht als 25 000 süßigen zu vertreten haben. Der Verband wird durch einen Vorsitzenden und einen Sonntagsvorsitzenden vertreten und verfolgt seine Aufgaben im wesentlichen durch zeitweilige Abhaltung von Versammlungen, durch Unterhaltung einer eigenen Rundschau, durch zeitweilige Veröffentlichungen sowie durch Anleitung und Unterhaltung einer Bücherei. Die Versammlungen werden vom Vorstand in der Regel alle drei Jahre, nach Bedürfnissen auch in fürserein Zeiträumen, abwechselnd nach verschiedenen Orten einberufen. Vorgesehen ist die Errichtung einer mit einer Bücherei verbundenen Zentralstelle, von welcher Auskünfte über alle städtischen Einrichtungen erteilt und an den Studien über deutsches Verwaltung und Stadtverwaltung gereicht, ferner über Städtevereine, Städtevereinigung und Städteräte an der Hand eines vollständigen, gezeichneten Stoffes betrieben werden können. Zu diesem Zwecke sind aus den Einnahmen des Städtebundes Mittel zur lauflichen Gewerbung von Büchern, momentan aus dem Gebiete der das Städteverein beibehaltenen Stadtspeisegebung bereit zu stellen und ferner alle Mittelreden verpflichtet, sämtliche in ihrem Verwaltungsbereiche Bergesellten und mit der Gemeindeverwaltung und dem städtischen Leben zusammenhängenden wichtigen Themen in einem Abzug kostenfrei an die Bücherei des Deutschen Städtebundes abzuliefern. An der Spitze dieser Zentralstelle steht ein juristisch oder wissenschaftlich gebildeter Direktor, der mit den Verhältnissen der deutschen Städteverhältnisse und Stadtverwaltungen vertraut sein muss.

Die Idee, folgt eine Organisation zu schaffen, ist eine durchaus gesunde und glückliche. Unwillkürlich mag ich manchem die Frage aufdringen: wie es sich erklären läßt, daß sie nicht längst geschaffen worden ist? Denn die Tatsache, daß die deutschen Städte höchst wichtige gemeinsame Interessen zu wahren und zu fördern haben, hat sich wahrscheinlich nicht erst in neuester Zeit herausgebildet. Sie hat allerdings seit Gründung des Reiches, vor allem infolge der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Beschlebung stetig an Bedeutung gewonnen. Aber die Interessengemeinschaft an sich reicht viel weiter zurück: sie war schon in früheren Einrichtungen und Verbänden begründet. Die Errichtung dient, daß die Städtevertreter der Städte nicht längst ihren gebührenden organisatorischen Ausdruck gefunden hat, haben wir in großer Unzufriedenheit zu suchen: einmal in der das ganze kommunale Recht überwandernden Pariser der reaktionären Staatsgewalt, und in Verbindung damit in einer gewissen Rückständigkeit der Ausübung von dem Recht, den Aufgaben und der Bedeutung des kommunalen Rechts — eine Rückständigkeit, die hier und da bis zu dem Prinzip möglichster kommunaler Abstechung ging und sich alles in einem blöden Philisteri, in sogenannter „Kirchtemppolitik“ offenbarte.

Die Entwicklung, welche die allgemeinen, das gesamte Volk angebenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten genommen haben, der Kulturschaffend duldet diese Rückständigkeit nicht mehr. Die Macht, die Vogel der Tiere bringt die städtischen Gemeinschaften zu solidarischem Wirken, und zwar zu einer dauernden auf der Voie fester Organisation und regelrechter Verbündung. Wie ein Gesetz aus langer Erfahrung ist es über sie gekommen mit dem Erwachen einer neuen Zeit, der, wie an den Staat, so auch an die Gemeinde, andere und ungleich höhere Anforderungen auf allen Gebieten des öffentlichen Rechts stellt, als die vergangene Zeit es tat.

Schon einmal sah Deutschland großartige Organisationen und Koalitionen der rheinischen Bund, die Hanse, die für gemeinsame, wirtschaftliche und politische Interessen, für bürgerliche Wohlfahrt und Freiheit einztraten und führt im Kampf mit Fürstentum, Adel und Kirche sich machen. Der Absolutismus verhinderte die städtische Freiheit; das freie Bürgerrecht und der Liberalismus haben auch im konstitutionellen Staat nicht vermocht, sie wieder herzustellen, obwohl dies deren Prinzipien entsprochen hätte. Der neue deutsche Städtebund, der jetzt von bereits geschaffener Grundlage aus anstrebt, wird allerdings, zunächst zweifellos, wesentlich anders geartet sein als seine minder-alternden Vorgänger. Die Städte stehen noch viel zu sehr in der Zwangslage reaktionärer Staatsgewalt, als daß sie so ohne weiteres mit einem festen politischen, wirtschafts- und sozial-politischen Reformprogramm auftreten könnten. Hinzu kommt, daß ihre Verwaltungen und Vertretungen an Sonderinteressen der herrschenden Klassen gebunden sind und darin die erheblichsten

* Aus dem „Hamburger Echo“

Verführung- und Verbindungspunkte mit den reaktionären Staatsparteien haben. Der „Deutsche Stadttag“ wird bedauernlos bleiben für die nationale Entwicklung, für die Bedeutung unserer Volkes, wenn er nicht mag, indirekt zu machen vom bestimmen den Einfluss dieser Rittern und vor allem den Kampf gegen die reaktionäre Staatsgewalt aufzunehmen.

Zu ersten Linie kommt es darauf an, eine andere Gestaltung des Verhältnisses der Gemeinde zum Staat, eine neue Organisation der Gemeindewaltung und eine erhebliche Erweiterung ihrer Pflichten und Rechte zu erreichen. Eine wirkliche Selbstverwaltung der Gemeinde gibt es heute im Deutschland nirgends. Das hat selbst den Prominenten auch in jenen von Hoch nobel beratungsgebenden Gedanken und Erinnungen, I. Bd., S. 11 ff., hervorgerufen. Sie nämlich, Statistik gestützt, teils geheimdienstlich unterstützt im rechten Sinne des Wortes „Die Selbstverwaltung der Gemeinde“ ist in der modernen Befreiung nichts anderes, als eine tausendeckende Auseinander. Die Gemeinde ist der Staatsgewalt in einer Weise unterstellt, daß von Gemeinde Autonomie und Selbstverwaltung weichen kann. Die Gleichsetzung mit der das Wort „Selbstverwaltung“ lediglich als „technisch unbedeutend“ Bezug¹ an ² erkennt die obige Identifizierung der Gemeinde mit dem Staat und betrachtet die Gemeinde nur als Staatsamt, was leicht verständlich in der Verteilung, unter ganz politische und soziale Zentren welche sind immer bewußt vom Staate beeinflußt.³ Auf Tat und Takt wird die kommunale Tätigkeit von der staatlichen Verwaltung abgesondert und befreimündet. Die Gemeindewaltung folgt in und läßt, was den jeweiligen Anharten und Absichten der Staatsgewalt entspricht, bei allen Dingen, was sie ist nicht in irgend einem Gedanken in der Politik der jüngsten Entwicklung vorhanden. Das einleuchtet, daß der Staat über die Gemeinde in Zukunft nimmt und ihr nicht mehr Raum über das rein gesetzliche und juristische Jurisdiktionsmaß föhren will. Obwohl er unbedingt zuläßt, es sei ein Prinzip der neuen sozialstaatlichen Entwicklung, daß die Gemeinde durch den Staat Macht und Zukunft ihres Lebens empfängt⁴, so kommt mir daran an, wie dieses Macht und diese Zukunft beobachten sind. Zarathotheo der Gemeinde im modernen Staat eine doppelte Bedeutung zu, nämlich die eines blicksreichen in Anfang genommenen Hülfesgebers der Staatsgewalt für die lokale Durchführung von Staatswesen, und in den Augen des ökonomischen Staates selbständig wirkenden einheitlichen Willens- und Maßorgane des sozialen Hülfesgebers Selbstverwaltung und Gemeindewaltung aller sozialen vereinigten Spezialinteressen.⁵

Doch die Gemeinde in vielen Städten der Staatsgewalt dientest man, steht unter Staat und ist durch die Gesetze des Staates und seiner Amtshabern bedingt. So z. B. für die Durchführung der Arbeitersicherheitsgesetze und vieler anderer sozial politischer Maßnahmen, für die Verwaltung politischer Wahlen, insbesondere die aus dem organisierten und verankerten rechtslichen Zusammenhang von Staat und Gemeinde sich ergebende Hülfesleitung führt die Selbstverwaltung in dem bestehend angegebene. Zumeist muß aus Auseinand, die Gemeinde soll und kann nicht sein Staat im Staat sein, und das um so weniger, je mehr der Staat, wenn er seine Aufgabe richtig erfüllt, zu Leistung für die Gemeinde verpflichtet ist. Für die Schaffung für die Gemeinde verpflichtet ist, so für die Schaffung für die Gemeinde, die allgemeine Organisation der allgemeinen Arbeit und deren Erfüllung die Sicherstellung der Arbeiterschule und gleichzeitig Arbeit nicht entziehen kann, zuverleihen. Die Stellvertreterwahl muss nach dem allgemeinen Gemeindewahlgesetz festgestellt zunehmen und immer konkurrierender beobachtet auf sozialstaatlichen Gebiete führen. Das gilt, wie für den Staat, so auch für die Gemeinde, die muss mit ihrer Organisation und ihren Aufgaben der Entwicklung des Gemeindelandes der Nation gut anpassen, dieser Entwicklung gerecht werden. Da steht die Sache um das Wohl der Arbeiterschaft in erster Linie; alle mittleren reformatorischen Gemeindewerke konzentriert ist auf diese Aufgabe, die einen interessierenden Teil, der Selbstverwaltung des Staat und der Städte zu bilden hat.

Der Stadttag, die der „Deutsche Stadttag“ sich geholt hat, „Seine Wohlfahrt, der ihm annehmenden Gemeinden zu pflegen“, faßt er nicht, oder bestimmt doch nur in sehr beschränktem Maße entsprechend, folglich nicht das volle Selbstverwaltungsmrecht der Gemeinde durchaus gewollt habe, geholt ist. Zumindest der Staat und das Stadttum das Recht erhält, die von der Gemeinde erzielten im Städte bestimmen, was das Stadttum in jedem, in jedem, in bezug auf das Stadttum ist. Spätestens dem Bezug des Selbstverwaltungsgesetzes muß folgen, es kommt die Gemeinde in den modernen Staat der Arbeiterschaft zusammen. Es kommt in Abhängigkeiten von der Ausweitung, ja, von der Weitern des Werden. Ein Gemeindewahlgesetz ist bedeutend, was erreicht hier Platz. Zum gesetzlichen nur der Grundstein zur Gestaltung erbracht werden. Wie durch das Vertrauen der Gemeinde innerhalb oder der Gemeindewaltung zu einem Staat in der Gemeinde bestimmt wird, unterlag nicht erst noch der nationale Entscheidung durch die Staatsgewalt. Darüber zu befinden, wie die

Gemeinde der Gemeinde zu führen fähig und würdig ist, soll nur der Gemeinde selbst resp. der Gemeindewaltung zu geben. Vor allen Dingen nicht es die Staatsgewalt, ganz anders als weiter politischen Bestimmung der Gewalt ist, welche politischen Partei er angehört.

Mit dem Begriff der gemeinschaftlichen Selbständigkeit verhält sich weiter nicht, daß Gemeindewahlrecht zu ihren Wirkungen der Beschämung der Regierung oder einer ihr untergeordneten Partei bedauern, sowie, daß durch Regierungsbefehl Stadtverordnetenkollegien aufgelöst werden können. Keiner und die Freiheit der Staatsgewalt, Einspruch gegen politische Verbündungen und Weisungen der höheren Behörden, welche ihr missfallen, vorbei, vor das, besonders in Preußen, sehr oft gefaschen ist, z. B. als vor einigen Jahren Stadtverordnetenkollegien Preußen gegen die agrarische Bevölkerungssteuerpolitik erhoben hatten.

Man bedachte wohl, daß die Gemeinde in der politischen Organisation einen politischen Charakter, eine politische Bedeutung, politische Pflichten und Aufgaben hat. Um so unerträglicher und abscheulich ist es, sie zu binden, selbständige politische Befreiung zu führen, welche Pflichten zu erfüllen, Stellung zu nehmen zu bestimmen dringen, die das Wohl und Webe der Gemeindemitglieder als Teil der Weltgemeinschaft angeben, wie die Arme, der Gold- und Steuerpolizei des Reiches, die „Krone“ des Reiches ist. Mehr und mehr greift die ganze Wirtschaftspolitik und die Sozialpolitik in die Interessen der Gemeinden ein, sie in Stellungnahme dazu geradem zweigend. Es ist ein Verdienst, die Freiheiten der Gemeinde dort aufzubereiten zu lassen, wo sie anfangen, weitzoll zu werden!

Aber mit der Anerkennung des Prinzips der Selbstverwaltung, das im sozialstaatlichen Prinzip der Selbstverwaltung enthalten ist, es nicht getan. Sie muss auch eine höhere rechtliche Grundlage gegeben werden, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit gleicher Abstimmung. Wahre Selbstverwaltung hat die Sicherung aller minderjährigen Gemeindewählern an ihr zur Voraussetzung; sie kann nur durch dieses Prinzip gewährleistet werden, nicht aber durch Städtische und Gemeindewahlgesetze, die die heutigen Gemeindewahlrechte in Deutlichkeit mehr oder weniger als ungerade charakterisieren und ein gebührendes Sonderinteressenregiment in der Gemeindewahlung möglich machen.

In der Sicherung dieses Zustandes, in der Erklärung des Gemeindewahlrechtes, gleichen und direkten Wahlrechtes müßte der „Deutsche Stadttag“ eine seiner wichtigsten Aufgaben haben. Aber das wird er leider nicht; er wird unangemessen lassen die Ungeredigtheit, daß die Männer der Arbeiterschaften Verfolgung nicht oder nicht in gebührendem Maße zur Seltene in der Gemeindewahlung und Gemeindewaltung gelangen. Und doch ist, um eine Befriedigung, eine gute tätige Entwicklung des Gemeindewahlrechtes herbeizuführen, nichts so nötig als seine Demokratierung.immer mehr drängt die allgemeine Entwicklung die Gemeinde dahin, ihr sozialstaatlichen Aufgaben vor der allgemeinen Bevölkerung, für deren Erfüllung die Sicherstellung der Arbeiterschule und gleichzeitig Arbeit nicht entziehen kann, zuverleihen. Die Stellvertreterwahl muss nach dem allgemeinen Gemeindewahlgesetz festgestellt zunehmen und immer konkurrierender beobachtet auf sozialstaatlichen Gebieten führen. Das gilt, wie für den Staat, so auch für die Gemeinde, die muss mit ihrer Organisation und ihren Aufgaben der Entwicklung des Gemeindelandes der Nation gut anpassen, dieser Entwicklung gerecht werden. Da steht die Sache um das Wohl der Arbeiterschaft in erster Linie; alle mittleren reformatorischen Gemeindewerke konzentriert ist auf diese Aufgabe, die einen interessierenden Teil, der Selbstverwaltung des Stadttags und der Städte zu bilden hat.

Da kommt in Betracht zunächst das Bildungswesen. Will die Gemeindewahlung den Bedürfnissen des Stadttags genügen, so muß es im Gegensatz zu den reaktionären Schulbeamten eine grundlegende Reform des Bildungswesens antreten, so in den Städten der Ausbildung und der Hochschulbeamten fallen, in einer modernen Menschenbildung sollte es modern berücksichtigt sein. Das ist allerdings ohne, energischste Konzentration des reaktionären Staatsbeamten nicht möglich, die die Städte durchzudenken müßten, machen in den Städten statt die Städte, die Städte für einen guten Ausbildungsbildungsunterricht eine gute Grundlage für Schuleinrichtungen und Schaffung eine

Werte, die Grundlage für eine moralisch wertvolle Bildung; die Pflichten des Gemeindewahlrechtes müssen aus dem Bereich des Pflichten des Stadttags heraus, so wie aus dem Bereich des Pflichten des Stadttags heraus, die öffentlichen Schulbeamten, die Verkörperung der Wissenschaft und Berufswissenschaft, die Bildungswissenschaften in Verbindung mit der Schuleinrichtung, also, kann sich hier die energetische Pflichtaufgabe und Durchführung aller der Pflichten, die auf dem Gebiete der Bildungswissenschaften liegen. Ihre Lösung auf diesem Gebiete von Gemeinden besserer machen, so bedeuten kaum einen Erfolg. Da müssen Städte und Städte mehrheitlich unabhängig sein. Städte leben in starker Freiheit, Städte sind und haften nicht mehr politische Gemeindewahlrechte, sondern in der reaktionären Stadttag, die mehr oder weniger die sozialstaatlichen Verhältnisse und Verhältnisse und zwar um je stärker, je mehr sie abweichen sind vor

¹ Berlitz: Die Arbeiterfrage, S. 484.

² Elberfeld: Handbuch der Staatsministerien, III, S. 701.

³ Schäffer: Von und Leben des sozialen Arbeiters, IV, Bd. 5, 208.

einer dominierenden Kinderzahl der Bürger und ihre vornehmlichste oder einzige Aufgabe darin sehen, deren Sonderinteressen zu dienen.

Noch viel zu sehr wird bei uns in Deutschland das kommunale Gewaltungssystem verpreisen und verkannt, über dem staatlichen Gewaltungssystem. Die ganze Kulturrevolution aber weist die Gemeinde gewissend darauf hin, ein ganz neuer sozialer Organismus zu werden. Sie kann das nur werden unter stetig wachsender Ausweitung demokratischer Prinzipien und sozialpolitischer Fürsorgepflicht. Alle freie Macht des Staatsorganismus muss sie sich betätigen; wie das Individuum, so soll auch sie von der staatlichen Zentralgewalt nicht mehr, als das Volksinteresse es gebietet, abhangen.

England hat die völlige Umniedlung des sozialen Charakters der Gemeinde, von der Statt Milt sagte, dass sie eine der wesentlichen Grundlagen für eine vollständig reine Gesellschaftsordnung sein werde, sehr längst vollzogen. Englands Städtchen kommt in verblüffende Gewänder, wie die deutschen Städte haben sie leider noch zu wenig. Das gilt nicht nur vom Vertrieb genommen, sondern auch von der staatlichen Zentralgewalt nicht mehr, als das Volksinteresse es gebietet, abhängt.

Wird der neue Städtebau, der „Deutsche Städtebau“, sich auf den Prinzipien einer Kommunalpolitik, wie wir sie hier kurz skizzieren, befreuen? Wird er die Wege der Entwicklung zum gemeinsamen Demokratismus und zum Ministerializismus sich verzweigen und einschlagen? Wir wissen nicht, das zu hoffen, geschehe denn als Siedlungsprinzip, obwohl der Verfass. Den es fast gesagt hat. Wie der Wohlstand der Gemeinden, Wahrzeichen der neuemakroischen Siedlungen der Stadt, ihm ohne weiteres daran hinschreiten mögliche. Dieser Zeitgeist wird determinative Theorie ziehen, welche die historische Entwicklung und Fortschritte unter gemeinsamer Wohlthat und gemeinsamen Sorgenziehen das verhindern, was in die jetz. entzogen dem altenen Beruf, darüber verstanden haben. Um die weiteren kommunalpolitischen Ausbildungszielen zu erreichen, steht man gründlich von ihm ab, so werden die Lebewesen des Städtebaus — wenn es doch kommt — prädisponiert auf Weiterung und Fortschritts. Sie kann ja auch sehr möglich sein, wenn sie die Ausbreitung gelöster Gewissheit, die Schöpfung und die Bereitstellung der Anstrengungen und reformatorisches Handeln bewirkt. Es bleibt abzuwarten, ob und wann das der Fall sein wird. Sicher wird die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie und das wichtigste freiheitliche und fortwährende geistige körperliche Element mit hera wachsender Kraft und Energie für die zeitgemäße Umniedlung des Gemeindewesens und eine gerechte und demokratische Kommunalpolitik eintreten. In ihnen konnte der „Deutsche Städtebau“ die besten Vorbildersperren haben; ja, es müsste auf sie hindeuten, wenn es ihm möglich erachtet wäre, gewisslich jede Wohlthat und Unternehmensarbeit zu plausieren. Zwei Dämmerungen Verhandlungen werden darüber entschließen beobachten, ob es fähig und geeignet ist, den an sich großen und guten Gedanken einer Theorie der Stadt für deren Wohlthat und gemeinsame Interessen im freiheitlichen und fortwährenden Geiste, wenn auch nicht in allen, so doch weniger in einigen der wichtigsten Punkten zu begutachten.

Leipziger Allerlei.

Große Freiheit, von mir Leipzig in den letzten Wochen des Herbstes. Die Einweihung des neuen Rathauses ist mit großer Feier und feierlichem Volksfest worden. Alles öffnete sich in hellstem Lichte. 50000 M. sind hier ausgetragen, davon kann man schon ein Jahr dauernden Bauzeitrechnen von mir erwarten, ob in die jähren Worte des Deutschen Oberbürgermeisters folgen uns noch immer in den Ohren. Nur der verdient hat Freiheit wie diese Leute, die mich zu erleben wünschen.

Unserer Vorsitzenden schaute bei so vielen Besuchern der Stadt, aber ich kann sagen, daß in den letzten Wochen sehr man wieder einen sehr strengeren Gewissen, weil sie es wünschen. Ihre Wollusten sind mir sehr leicht zu unterscheiden, ob sie sonst nicht an Stelle des mir Besuches. Doch wir haben das Gesetz, das es ist, und es ist nicht gut, daß es bei diesen Wahlen nicht zu klären ist, ob sie einen anderen Standpunkt haben, und wir befürchten können, daß sie nicht mehr zu uns treten werden, um in dieser feierlichen Zeit etwas zu feiern zu können.

Unseren und immer in den bayrischen Städten überall Sehnsucht nach einer Erneuerung der Stadt, nicht, aber dies sind sie prompt eingesetzt. Aber eine Ausnahme machen werden die Schulen und Universitäten. Deren waren sie in Bayreuth zu früher ganz meistertisch aufgestellt. Da mit ihnen Macht hat man zwei, drei gegen sie, welche nimmt der Vertrag mit mir auf, daß sie genugend Erfahrung gewonnen haben, um in dieser feierlichen Zeit etwas zu feiern zu können.

Die Straßenlehrer, welche gewiß auch keine leicht Arbeit haben, müssen sich immer noch mit den vorjährigen Pfennig-

zulage begnügen. Neue Forderungen sind gestellt. Der Herr Baurekt hat ja auch versprochen, die Löhne aufzubessern, aber wann wird das wohl werden? In Leipzig beträgt der ortsübliche Tagelohn 3,50 M., der Höchstlohn der Strafenfänger dagegen nur 3,42 M., und die das erhalten, sind auch noch Polonnenführer resp. Vorarbeiter. Offenkundig wird nun der Herr Baurekt dafür eintreten, daß den Strafenfängern der ortsübliche Tagelohn gewährt wird. Auch über die Behandlung läßt sich viel sagen und ist schon häufig von uns dieses Thema behandelt worden. Bei einer Beförderung haben wir bis jetzt noch nichts gehört.

Die Arbeiter des städtischen Vieh- und Schlachthofes sind die am schlechtesten bezahlten. Löhne von 3 M. täglich findet man hier. Es darf niemand glauben, daß arbeitslose oder alten Leuten dieser Lohn genugt wird, nein, jungen und frischgebackenen Arbeitern bietet man für ihre arbeitsfähige und arbeitsbereite Tätigkeit dies. Wer sich auf führt, kann standhaft werden, bekommt dann 4 M. Lohn, und kann dieses nach einjähriger Tätigkeit erhalten. Nun gibt es aber Leute, welche über 15 Jahre auf dem Schlachthof gearbeitet haben und heute noch nicht standhaft sind, die immer noch 3 M. erhalten. Das Standhaftwerden idein demnoch etwas schwer zu sein, und wenn man nicht wohl will, kann es nicht. Auch wartet diese Kategorie vorgebene auf Lohnerhöhung; wenn über diese Menschen ist des Reichs abgedrückt und noch in keine Antwort eingegangen.

Eine andere Kategorie, die Arbeiter der städtischen Gasanstalten, haben vor 16 Monaten ein Gesuch um Erhöhung ihrer Löhne und Entlohnung des Alters resp. Rentenunterhaltes abgelehnt, aber auch hier ist bis heute noch keine Antwort eingegangen. 16 Monate braucht man, um Erhöhung anzugeben bei Rentenunterhalt, bis dahin gibt es bei Entlohnung.

Die Arbeiter des Stadtbauamtes sind als die am eindrücklichsten zu bezahlenden, Löhne bei 24, 26, 27 bis 30 Pf pro Stunde sind hier ausreichend. Seit in letzter Zeit haben sich eine Reihe darunter dieser Mietungen zwischen Verband eingestellt, während des zweiten Weltkriegs noch kein nicht. Mögen diese selbst einen Lohn erlangen, dann ist es eben Erhöhung nicht für Verbesserung ihrer gewöhnlichen Leid zu können. Lohnforderungen stellen sicher noch nicht die Vollkommen der Maßnahmen und die geringen zu erwarten. Antwort ist noch nicht eingegangen. Zur allgemeinen Lohnverhandlung ist in Leipzig viel zu manifester über. Wie lange warten nun schon die Arbeiter der Gartenbauaufsicht und des Personal des städtischen Reinigungsbüros auf Erhöhung von Arbeitsentgelten. Einsätze in dieser Beobachtung sind schon einige Mal gemacht worden, aber Antwort oder Beideid ist bislang nicht ergangen. Allerdings bei Vertragsabkommen ist es vielleicht nicht so einfach. Nachrichten des Haushaltspolitikers wird von Seiten des Rates zu allgemeinen von einem guten Erwerbnehmen des Arbeitersausdrücke gegeben. Wie man sieht dies auch. Aber aus dem oben erarbeiteten ist zu erkennen, daß es damit einmaliert noch seine guten Werte hat. Solche häufig sind die Arbeitersausdrücke von ihren Mandatsträgern aufgefordert worden, auf eine schwierige Erledigung ihrer Sorgen und Belastung zu dringen, und dem Leipziger Rat wird dies auch wohl bekannt sein.

Zu den letzten Stadtbauverhandlungen haben wir von Seiten des Rates wieder gehört, daß es den Arbeitern hier steht, sich zu erinnern und ihnen diesbezüglich nichts in den Weg zu legen wird. Wir zweifeln nicht an dem guten Willen. Die Sache nicht in der Praxis etwas anders als in der Theorie. Wie möchten den Rat der Stadt Leipzig erlauben, auch seine Beamten in dieser Richtung zu erhalten. Damit sie den Arbeitern nicht ihre wenigen Rechte zu sichern finden.

Unsere Kollegen in Leipzig aber fordern wir auf, für den Ausbau unserer Straßenbahnen zu veranlassen, und sich die förmlichen Werte des Überbaurammeisters einzurichten und auch darum zu bitten, wenn in die Erneuerung nach die Zeitung von, und nicht aber darum, die hier der letzte häfliche Arbeitersatz

Chemnitzer Straßenreiniger.

Woran auch der aufmerksamste Beobachter seine Röte rufen wird, überall wird es die Arbeiterschaft mögen, daß die städtischen Arbeiter in die Lohnverhandlung gehen — aber und da kann man auch nicht unerwähnen, wie ist die soziale Bedeutung, immer mehr bei den städtischen Verwaltungen. Pahn bleibt und infolgedessen das Städtische Reinigungsbüro möglicherweise für die Versorgung der arbeitsfähigen und sozialen Kapazität ihrer Arbeit. Zwar ist es nicht sehr aber nun einmal die Zeit der Chemnitzer Straßenreiniger. Die Städtische Betriebschule hier zum ersten Mal 19, 20 bis 25 Pf. Gang werden, was wir noch nicht jenseit und frischgebackene Arbeitnehmer sind, erhalten 25 Pf. pro Stunde. Diese sind jedoch zu 25 Pf. pro Stunde bekommen, dann aber keine Versorgung für die Arbeitnehmer, wenn sie nicht zuvor genugt haben, haben sie jenseit 11 Stunden, wobei im Herbst und Winter nur 10, 9 und 8 Stunden gearbeitet wird. Selbstverständlich verdienen die Arbeiter dann entsprechend

weniger, denn zu dem höheren Standpunkt, dem Arbeiter im Winter, wo sich die Ausgaben für Beheizung und Licht noch besonders steigern, denselben Lohn zu gewähren wie im Sommer, kann sich die Chemnitzer Stadtverwaltung nicht emporschwingen. Während nun schon mehrere Städte, infolge der Beheizung der Lebennmittel, Belebungsschlägen gewöhnt haben, und sogar Privatbetriebe dem Beispiel davon folgt sind, hat es die Chemnitzer Stadtverwaltung darauf abgesehen, den ohnehin so erbarmlichen Lohn der Straßeneinrichtung noch zu verringern. Es wurde den Arbeitern ganz einfallslos erklärt, es gäbe für die Sonntagsarbeit anstatt der früheren 7 Stunden nur noch 6 bezahlt. Für die Arbeit am Sonntag vermittelten von ungefähr 11½ bis 4 Stunden würden 7 Stunden bezahlt, was wohl auch nicht mehr als recht und billig war. Das erfordert nun auf einmal zu hoch und es wurde flugs eine Stunde gekürzt. Man nahm erst an, daß diese Verkürzung nur von einem neu ins Amt getretenen Betriebsministerium beausgetragen worden war, und glaubte, dieselbe würde von höherer Zustanz wieder zurückgeworfen werden. Da hatte man sich aber getäuscht. Die liberale Stadtverwaltung hat gegen derartige Verkürzungen nichts einzuwenden, denn an Arbeitslosen muß ja geprangt werden. Wie der Arbeiter bei den jeweils Verhältnissen mit 10-12 oder 15 Pf. pro Stunde entommen einer Familie einkaufen soll, das lämmert die Herzen auf dem Rathause wenig. Nur sparen auf Kosten der Arbeiter! Was würde der Herr Minister sagen, wenn ihm jetzt bei gleicher Arbeitsleistung das Gehalt getuszt würde?

Die Chemnitzer Straßeneinrichter lassen aber nun wohl auch bald erkennen, daß ihre Durchsetzung derartige Uebel befürchtet werden können. Sie haben sich auch schon eine Anzahl Stellungen dem Verbände angeboten und ihre Wünsche dahin gefügt, daß eine Petition um Erhöhung der Löhne und Belebung gewahrheit der Zwecke für die Sonntagsarbeit ausgearbeitet werden soll, um sie in nächster Zeit dem Rat zu unterbreiten. Das soll aber eine verlässliche Sicht in der Art sein, die bald eine weitere Petition um eine gründliche Regelung des Verhältnisses fallen soll. Wie darin wollen die Stelligen verhandeln, noch all die kleinen Zähmungen aufzurütteln und dem Verbande zuwirken. Alles wohlauf, stelligen! Frei und mutig aus Werk! Schafft Euch eine starke Organisation, dann werden auch Eure berechtigten Veränderungen erfüllt werden müssen.

Notizen für Gasarbeiter.

Für den Kamppfonds haben sich die Kollegen in Berlin, Hamburg, Leipzig, Chemnitz, Halle a. d. Saale und Dresden entschieden.

Amtung, Gasarbeiter der Aktion Berlin! Sie vom Hauptvorstand in Nr. 21 bekannt gegebene Urabstimmung über den Kamppfond der Gasarbeiter von 10 Pf. pro Woche ist für die Berliner Aktion infolge erledigt, als die bereits im September vorgenommene Urabstimmung bei uns eine Zweidrittelmehrheit für 10 Pf. ergeben hat, welche nach wie vor erheben werden. Der Wochentrag der Berliner Gasarbeiter beträgt also bis auf weiteres 10 Pf.

Der Aktionvorstand. J. A.: E. Dittmer.

In einer Gingabe teilen die Chemnitzer Gasarbeiter ihrer Stadtverwaltung in folgender vergleichender Übersicht die Lohnverhältnisse aus 16 Städten mit.

Es wird gezahlt:

(Tagelohn in Mark ausgedrückt)

Ort	Gasbetriebe, Metall- u. Zentral- arbeiter	Hofarbeiter	Handwerker u. w.
Berlin	5,50	4,00-4,20	4,00-6,00
Hamburg	5,50	4,00	4,40-6,40
München	4,20	3,20	3,50-4,40
Leipzig	4,50-4,80	3,50-3,80	4,00-4,80
Dresden	4,60	3,50-3,90	3,90-4,50
Charlottenburg	5,30-5,60	3,80-4,50	4,50-5,60
Niedorf	5,25-5,50	3,70-4,20	4,00-5,50
Zwickau	4,00-4,40	3,10-3,70	3,50-5,00
Magdeburg	4,20	2,90	4,00-4,70
Mainz	4,20-4,60	3,30-3,60	3,60-4,70
Köln	4,70-5,50	3,80-4,00	3,50-5,50
Erfurt	4,10-4,50	3,00-3,60	4,00-4,50
Kassel	3,80-4,50	3,00-3,50	3,50-4,50
Bremen*)	4,24-4,74	3,50-4,00	4,50-5,00
Mainz*)	3,90-4,50	3,00-3,50	3,30-4,50
Chemnitz*)	3,70-3,95	3,00-3,20	3,80-4,80

*) Hier besteht für Betriebsleute der Aktionstag.

Außerdem wird noch in einer Reihe von Städten für Nebenstunden, Sonntags-, sowie für schwierige und besonders schwere Arbeit ein Prozentzuschlag gewährt. So zum Beispiel in München, Leipzig, Dresden, Stuttgart, Magdeburg, Mainz, Köln, Erfurt, Kassel u. a.

Aufmerksam wird aber noch bemerkt, daß durch die neuen technischen Einrichtungen der Dienst der Betriebsarbeiter ein bedeutend schwieriger und anstrengender geworden ist, so daß die Forderung, die einzelnen Kolonnen um einen Mann zu verstärken, als vollständig berechtigt erscheint.

Göttingen. Zu dem Gaswerk der Stadt Köln haben bekanntlich im berlohsenen Kreisende die Arbeiter wegen Lohndifferenzen einen Tag streikt. Durch das Verhalten der „kunstlich“ Organisierten wurde nichts Nechtes aus der Geschichte, und viele Arbeiter traten aus dem Arbeitsverhältnis aus. Kürzlich wurden im Münster „Stadt-Anzeiger“ fortgesetzt Arbeiter für das Gaswerk gesucht. Denjenigen Leuten, die infolge des Lohnstreiks im Kreisende aussortiert waren, wurde aber erklärt, daß sie nicht mehr eingestellt werden könnten. Eben nimmt man ungelernte Auszubildende an, als Arbeiter, die sich erlaubt haben, einen Tag zu streiken. Die Rechte nicht in der ultramontan regierten Stadt Köln höher als die Achtung vor dem geistlichen Koalitions- und Antland reicht.

Solingen. Die seitens der Arbeiter des Gas- und Elektrizitätswerks eingereichte Petition, die die Erhöhung der Tagelöhne um 10 Pf. und die Errichtung eines Arbeiterauschusses bewirkt, hat einen verhältnismäßig schnellen Erfolg gehabt. Eine Kommission, die seitens der Stadtverordnetenversammlung besteht, befaßt sich mit dieser Materie. Das Ergebnis war, daß der Aufgangslohn der Hofarbeiter von 3,40 auf 3,50 M. erhöht wurde. Für die Feuerleute, die bisher nur mit 3,60 M. und 3,70 M. einzeln auch mit höheren Tagen entlohnt wurden, wurde eine Tafel festgelegt: Aufgangslohn 3,50 M., jedes halbe Jahr steigend um 10 Pf. bis zu 4,10 M. Alle anderen Arbeiter gingen leer aus. Der Errichtung eines Arbeiterausschusses wurde zugestimmt. Freilich hat die Medaille auch ihre Rechte. Dadurch, daß die Arbeiter mittels ihrer Organisation ihren wünschlichen Ausdruck zu geben verstanden, sind einzelne Herren ganz aus dem Häuschen geraten. Diefen scheint es unfaßbar, daß hier städtische Arbeiter zwecks Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage organisiert durften. Das paßt ihnen nicht in den Kram. In jeder erdenklieke Weise sucht man nicht in den Leuten die Organisation zu vereiteln. Viel Glück wird man freilich damit nicht haben.

Der Achtstundentag in den deutschen Gasanstalten ist eingeführt in:

Bremen	seit dem Jahre 1890
Mainz	15. Mai 1900
Offenbach	18. Juli 1900
Strelitz	28. Juli 1900
Königsberg	1. April 1902
Fürth	Juli 1902
Stuttgart	August 1902
Chemnitz	15. Mai 1903
Ludwigshafen a. Rh.	1. Februar 1904
Bremen	Anfang des Jahres 1904
Bielefeld	1. April 1905
Frankfurt a. M.	16. Oktober 1905
(Gütersloher)	16. Oktober 1905
Bürzburg	Mitte Oktober 1905.

erner ist die Einführung des Achtstundentages beschlossen worden in Elberfeld zum 1. April 1906 und in Dresden zum gleichen Zeitpunkt, hier aber nur verschwiegen.

Auch in Berlin wird der Achtstundentag auf dem Metropolehaus der Gasanstalt Danzigerstraße probeweise auf ein Jahr praktiziert. Da stehen also noch sehr viele deutsche Gasanstalten zurück!

Aus unserer Bewegung.

Aktion Groß-Berlin. Eine Versammlung fand am 20. November bei Daniel, Renn Arealstraße 15, statt. Es waren alle Betriebevertreter vertreten. Kollege E. Dittmer hielt das einleitende Redneramt über Arbeit und Arbeit der Verbraucherorganisation. Mit dem Vorsitz des Aktionsteams ist die Organisationsverbaltung bedeutend aktiviert in fast sämtlichen Betrieben. Nicht nur die Zahl der Aktivisten hat sich mehr als verdoppelt in den letzten zwei Jahren; auch die Durchbildung und der Geist ist ein wesentlich geworden. Aber es muß noch erörtert werden, ob es tatsächlich so ist. Die Verbraucherseite sind verblüfft, dem Aktionsteam und der Ortsleitung ein die Hand zu geben, sie in der Agitationarbeit zu unterstützen und Münzmeile. Nachchristen und Baptisten unterstützen dem Aktionsteam maßgeblich. Ohne solche Beziehungen, Wirkung und Unterstützung bei Seiten der Verbraucherseite nicht nur im Versammlungsraum gehalten werden, sondern ebenso in formellen Anträgen beim Aktionsteam, möglich wäre eine fortwährende Prüfung vor sich geht. Wenn es auch niemand allen recht machen kann, sind doch eigentliche Beziehungen gegen die Ortsleitung seit vielen Monaten nicht eingegangen. Die Verbraucherseite

sollten für größere Disziplin sorgen und die von der Organisation angeebte Solidarität und Kameradschaftsliebe auch auf der Arbeitsscholle in die Praxis umsetzen. Das Bertramannsmänneramt in einem Ehrenposten, den jeder Gewerkschaftler mit Eifer und Begeisterung ausfüllen muss. Dazu ist aber auch Kenntnis des Vor-gangs in der gesamten Arbeiterschaftsbewegung erforderlich, weshalb für ein jeder möglichst reaktiv organisierte sollte, um mehr Aufklärung und Wissen zu erlangen. Ehrenamt muss die Arbeitsergebnisse und die Gewerkschaftsregelungen gelehrt werden. Die Kenntnis unserer Statuten, Gewerkschaftsordnungen, Reglements, des Programms müssen dringend erforderlich, soll eine entsprechende Tugend des Bertramannsmänner bei mir geben. Im kommenden Jahre sollen die Bertramannsmänner Beratungsmitteln regelmäßig unterbreiten werden. Jeder Bertramannsmann erhält eine Legitimation und hat seine Adresse dem Zentralbüro anzugeben. Als Bertramannsteile gelten a) Zeitungsleistung, b) Beitragssammlung, c) organisierte Arbeiterausführungsmitglieder, d) in einer Betriebsversammlung gewählte Bertramannsmänner, falls dies aus irgendeinem Gründen zweckmäßig erscheint. Außer den vorstehend genannten Aufgaben der Bertramannsmänner haben dieselben bei Durchföhrung ihrer Zivil- und Verbandspflichten zu fungieren, ferner sollen sie bei Statistiken und Arzgen-Ausstausch geben, sie haben insbesondere auch die Kontrolle der bestehenden Arbeiterausführungen in die Hand zu nehmen und Überzeugungen von Belegschaften, Mitarbeiter und unterordnet dem Zentralbüro mitzutragen.

Die hier angedeuteten entlastende Stellungnahme, den Zweck des Statutats zum Jahresbeginn und vor allm. Unterstüzung sein baldige Ausübung und Aufforderung des Statuten. Nach hierer Zustimmung wurde über die Einführung einer Unterstüzung für älter Personen verhandelt. Nachdem Zürcher leste da, zu und Wädenswil einer eventuellen Staatenunterstüzung dor. und befeindet die Gewerkschaft Unterstüzung als die beste Lösung der Unterstüzungswirtschaft. Diefelde ist allerdings ohne Erarbeitung nicht zur Durchführung zu bringen, während eine Unterstüzung in anderer erdenklicher Art fallen ohne Erarbeitung durchzuführt werden könnte. Statthalter müssen die Zeitversicherungen zusammen den Kosten veranommenen zusätzliche werden. Dafür können die Zeitversicherungen bis weitem im Jahre Zusatzentnahmen mit dazu ausgenommen werden, um der Sittensozialen einzutreten gegenüber dem Gedanken, daß wir es eher günstig hätten die Arbeitgeber sind. Die lange ausgespannte Diskussion ergab das Resultat, daß fast alle Reden gegen Staaten und bestätigt auch gegen Erwerbstätigen Unterstüzung mit Beitragsverhöhung waren. Es soll mit einer Kostentheuerung angefangen werden. Endgültig wird die Staatenunterstüzung im Januar 1900 eingeführt bestehen.

Berlin 11. Die Sitzungsversammlung, welche eigentlich am 25. November stattzufinden bestre, wurde des Stiftungssatzes des östlichen Kreis Berlin wegen feier Samstag, den 19. November, abgehalten werden. Es referierte der Genosse Dr. W. Wunn über das Thema: „Was erfordert der Arbeitende seine Befriedigung?“ Redner eröffnete zunächst die Antrittsrede der einzelnen Säume, die der Ernährung, Magen und Darm- und der Atmung, Zunge und Hahn dienen und ganz dann über in den verschiedenen Berufskrankheiten, von denen er die am häufigsten vorliegenden erklärte. Referent dieses nach, daß dieselben viel weniger Gewalt über den Arbeitenden hätten, wenn derselbe imstande wäre, sich besser zu ernähren und besser zu ruhmen; aber auch unter den beständigen Verhältnissen sei der Arbeitende sehr wohl fahig, für seine Befriedigung viel zu tun. Beimliche Säume seien sozusagen wie der Wohn- und Arbeitsraum, Aufmerksamkeit, wenn auch nicht gerade Neugierde, bei leichten Krankheitsgefallen und Abfallung seien schnell Temperaturabfall und namensweise für die Stabilisationsarbeiten in die Abortion sehr von Bedeutung, fürt zufürt, Lumbus und Radikulitis und doch seien sie ebenso Mittel, die dem Arbeitenden dann diesen fallen eintun. Erkrankungen nach Märschen oder ausgedehnter Erholung aber erwarten den Referenten vor dem Mittwoch, von neueren der Mörser, wie bei allen derartigen großen Morphium, Aspirin und so weiter nach zwölf Tage ein immer größerer Quantität der lange, moderate Arbeit seien mancher Mensch, der zu den schönen Hoffnungen Erkrankt, eventuell auswendig ohne die Verstärkung durch Injektion der Wundwässer, wenn auch in Erfall. Zum Punkt 2 der Tagesordnung, die Befriedigung eines Kindes, sprach zunächst der Sekretär, Erklärenden die beständigen Schwierigkeiten einerseits, die auf Ingwer als Standarddose für 1906/07 die vorliegen Zahlen, Recht, Säure, Säurestoff, Zuck, um Gehalt aufgeführt. Nach Dr. Wunn unter Intervista fand die Versammlung seinen Zuhörer. Ein fröhlicher Dank war die Motivierung, die mit ihrem Absatz erzielten waren, bei großer am Mittwochabend.

Berlin IV. Eine der Stützpunkte der D. C. G. ist ein Mittwoch, der 29. September findet in allen Betrieben die Zusammenkünfte statt, um bestimmt nicht mehr fortsetzen zu lassen, daß jene als zweite, dritte oder vierter Sonderabend bezeichnet werden. In der Abteilung des Unterstandes I, der den Arbeitern nahelegen wird, der Punkt einer neuen Wiederholungsfestsetzung aufzuheben, sollte die Direktion erläutern, in der Meldungen dar, daß die Kollegen in den

Räumen über Verbandsangelegenheiten unterhalten könnten, eine Versammlung der Direktion. Wir müßten der Direktion den Platz geben, ja wenn wir den Unterhaltungsraum der Arbeiter zu befreimmen als zweitmöglichst darum, um welche Art und Weise diverse Vorsteher ihre Bildungsgrad den Arbeitern gegenüber zum Ausdruck bringen. Wir bedauern es, wenn wir gesagt haben, der Vorsteher in werden, wenn aber viele wie z. B. der Herr Direktor standen in Gewerkschaft keine Untergebenen mit Spie und abhörenden Ohren hörbar waren, steht uns kein anderes Mittel, als derartige Gründe öffentlich an den Pranger zu stellen. Wie machten den Herrn Direktor am feste im Sommer gegebenes Vorlesungen erinnern, falls er an Gedächtnis schwäche leide? Wir soll die Zeit und Liebe zur Arbeit herkommen, wenn den Arbeitern, die im Gewerbe ihres Angestellts den Millionenbetten schaffen eine derartige Behandlung unterstellt wird. Und die Kollegen des Gewerkschaftsvereins bitten Sie alle über ihren Delegaten Herrn Vorsteher, im Gewerbe durchzuführen. Arbeitsehre über das Leben zu führen wie meint ihr macht. Liberalist soll an Arbeitern gehobt werden. Stattdessen geschieht dies auf Kosten der Gewinnabilität der Arbeit. Einem kleinen Gewerbe bietet das Gewerbe Überhöhung; hier ist es gelungen, eine Erhöhung der allerdings unterhalten Lohnes der Sammeln und Zolltarif um 25% pro Tag durchzuführen. Die gleiche Erhöhung wurde den Arbeitern unterstellt. Der stammt von der Organisation im Gewerbe Wiesendorf sehr lange her. Sie erhielt jetzt die S. E. Dr. Löschner Organisation der Gewerkschaft. Da andererseits oben unter Zusammensetzung der Direktion. Wir befinden uns der Direktion sehr dar, da die S. E. Organisation gegen diesen ist, als unter gleichem Zolltarif die Ministerialen dieser Organisation als einer Gewerkschaft dienen. Einem Vorsteher, in unserer Werkstatt die S. E. die Interessen der Arbeitnehmer vertreten, gibt die rechte Gewissensberuhigung, in welcher das Mitglied dafür verantwortlich, der Arbeitnehmerkampf gegen kann das Mindeste einzuhalten. Ein Vorsteher verhindert, daß der Arbeiter seine Rechte von Verhinderung erstickt hat. Schade wäre, daß die Minderheit nicht die Macht hat mit dem Schmoratorium aufzunehmen. Wenn wir diese Gewissensberuhigung der Gewerkschaft der Arbeiter, welche wieder zum Feste gehalten. Wir hatten unsgegenseitige Unterstützung in diesem hatte. Nachtraglich aber können man habe der Stenographen dieser Eröffnung bewußt geworden zu sein und konnte nur die erste Eröffnung machen. Gedenkt es mir, die Wiedereinführung endigte die Eröffnung des Stolzen. Häbermann von der Gewerkschaft. Die Organisation nahm die Eröffnung als Mainredenung an. Nach anschließendem Streitum der Direktion, den Kollegen wieder einzuhören, gelang es doch den Arbeitern zu schaffen, daß des Namenshauses der Organisationen in jede in einer mächtigen Versammlung Stellung nehmen, die Wiedereinführung zu erreichen. Die Organisation, nunmehr an über 1000 Mann angewachsen, in der bisherigen Zahl gegen Maßregelungen, und auf die Erfolge in materieller Bereicherung sind da stark in schöpferischer Höhe gerückt.

Berlin V. Erstaunlicherweise fand allein Berliner in den vom 18. bis 25. November 1864, Versammlungen ab, während dies Tagessitzung stand der Verband von der Deputation einzuma vom 11. November. In derselben wurde über die Vorbereitung einer möglichen Besetzung berichtet.

Die Strafkreinige erhalten vom 1. April 1966 ab einen Aufenthaltslohn von 3,75 M., nach einem Jahre 3,75 M., nach 5 Jahren 4 M., nach 9 Jahren 4,25 M.
Bewohner in spec. Räumen 4,50 und 4,75 M. Arbeitssuchende erhalten 2,90 M. nach 2 Jahren 2,25 M.

Die Aufgaben soll der Monatssiehe nach dem Tage der Einstellung erledigen und den

Mit diesem Beistand in der Hauptförderung der Exportation fehlende Rohstoffe einzutragen. Desgleichen und die der Aufbewahrung bedeutenderer Anfangsabfuhr von 2 M^t auf 300 M^t erhöht. Es ist bemerkenswert, daß die kommunistischen Mitglieder der Exportation nach gegen die Zeitnahme von bestimmten Rohstoffen waren. Zum Beispiel des Erdölverordneten Rinnwald in es zu danken, daß meine Förderung verhindert wurde. Berlin lebte man dann aber eine vermutliche Wartung der Wasserstrassen ab. Den Sicherheit vor mir zu überreden eine minimale Rohrabschöpfung von 20 M^t in bestimmten Zeiträumen die kommunistischen Herren aber übersagte. Womöglich haben sie das, es da möglichst nicht mehr mögliche wichtige Interessen um für die jungen Partei zu machen. Sie können die anderen Völker leben, das doch die Farben des Verbands und ihrer Rassen freien. Das ist die Grundlage des sozialen Fortschritts der Arbeiterschaften, erhöht wurde, um den sozialen Wohlstand in ihr zu bringen.

Die allen Erfahrungen nach ist die Meinung laut daß das
Studium der Geographie ein wesentl. Faktor sei ferner ist
auch die Erziehung des Volksstolzen, die Erziehung des niedrigen
Volkes sehr unzureichend, so mögen die Beziehungen der einen einfluss-
reichen & reichen aller Völker doch weiterhin großes Ansehen.
Unter eigentlichen Forderungen lauten sie: Wohlstand von
1 Mrd. men aber zu zwei Jahren heraufende Lebensstolzen, Er-
weiterung der Seminargärten usw. Darauf wöllten wir bei dieser

Gefangenheit noch einmal erinnern. An der Frage der freien Montage und der Stunde zum Abendbrot für die Abendarbeiter fehlt und endlich der Erfolg zu hoffen. Neben weiteren Verbänden hierüber wird später Bericht ertheilt. Bereits werden wohl die Kollegen den Arbeiterausschuss befragen müssen, ob dem Entschied der Deputation „zufällig“ entsprochen. Da der kleinen Kaufmännerfrage identisch mit Angelegenheiten des Arbeiterausschusses eine sehr lange Zeit zu erüthern. Während die Kollegen ind. früher über den wenig höflichen Ton der Aufsichtsorgane beschwerten, scheint sich das jetzt bei einzelnen zu ändern. Der Grund liegt in nicht einer Mängel der Verwaltung. Da verschiedene Deputationsbeamten nämlich Einladungen in Religionsversammlungen der Stadt ausspielen. Wir hoffen hierbei von der Verwaltungssiehe der Verwaltung, daß Einladungen zu Verbandsversammlungen eben falls durch die Aufsicht ausgedehnt werden. Das normale Material liefert der Verband ebenfalls kostengünstig. Da Kollegentischen würde man aufsuchen sein, die Wertschätzung der Religionsversammlungen an den Aufsichtsorganen äußern zu können. Hoffentlich bleibt der Erfolg nicht aus. Die Meinung einzelner Kollegen, „man beobachte einen dreifachen Verein für die Angelegenheiten der Strafenreinigung zu gründen“, kann vielleicht auftreten. Wir hoffen, daß derartige Vereine an dem gefundenen Sinn der Kollegen schweigen werden. Denn das würde die leider bestehende Uneinigkeit nur noch vergrößern. Und diese muß und kann beseitigt werden nur durch Auflösung der unorganisierten Kollegen. Da allgemeinen sei noch einmal auf die Notwendigkeit eines besseren Zusammenhaltes hingewiesen und ebenso möge niemand die Kräfteversammlungen vergeblich. Bei reger Agitation und Beteiligung nur der Sieg unter sein, indem nur die von uns aufgestellten Kandidaten gewählt werden.

Berlin XII. (Nördliche Rieselfelder.) Am Sonntag, den 19. November, fand bei Pott, Druckerstraße, eine Versammlung der Rieselfeldarbeiter statt. Auf der Tagesordnung stand als erster Punkt die Bekanntmachung der Direktion. Da verleiht der Direktor Schröder, daß er durch seine frühe Tätigkeit an der Spitze der Verwaltung nicht in der Lage sei, nun zu entscheiden, inwieweit die in der Petition mehrerelegten Wünsche und Forderungen berechtigt seien; dieselben seien der Deputation überreicht worden. Wenn auch die Form der Bekanntmachung höchstens von den früheren Zuständen abweicht, ist derartige Petitionen einfach in den Papierkasten wanderten, wenn es den Herren Administratoren überhaupt beliebt, sie weiterzugeben, so nun doch unbedeutet bei der jedem verdienten Menschen darüber Werken sein, daß unter den heutigen Verhältnissen Löhne, wie diejenigen der Rieselfeldarbeiter, in seiner Weise genügen. Wir sind der Meinung, daß zu dieser Erkenntnis keine jahrelange Tätigkeit notwendig ist. Die Wolltag liegt klar auf der Hand. Hieran ist doch die Aufstellung der Direktionskandidaten am Krankenhaus. Mit einem Appell an gegenwärtige Mitarbeiter für die Organisation ist die Versammlung.

Berlin - Wasserwerk Tegel. Unser auf dem Tegeler Wasserwerk beschäftigter Kollegen führen schon seit längere Zeit lebhafte Diskussion über ältere Wünsche, und insbesondere, in viel, aber nicht Worte von der Behandlung des Arbeiterausschusses zu sagen.

Der Direktor, Herr Spittigerber, ist ein sehr „liebhaber“ Vorortbezirk der Arbeiter geworden. Er hat die breite Freiheit, wie sie z. B. der Direktor im Wasserwerk Friedersbogen vor einiger Zeit gegen den Obmann des Arbeiterausschusses ausübenden beobachtet; nicht minder aber hat er auch die Begehrlichkeiten der Arbeiter, welche durch ihren Ausdruck ihre Vorberatungen vortragen lassen mag tun. Die Vorsitzende ist viel einfacher als man glaubt. Es finden „Vorberhandlungen“ mit dem Arbeiterausschuss statt. Gelingt es hierbei nicht, die Wünsche der Arbeiter zu begrenzen, so werden sie der Chef an die Arbeiter selbst, welche die Wünsche gestellt haben, und zwar höchst einzeln, so daß die Betreffenden seinerseits wurdensein in den selteneren Fällen widerstehen. Am übrigen hat der Direktor es ja auch noch in der Hand, die Voraussetzungen durch Zurückweisung in der besser besetzten Arbeit zum mindesten, was verschiedentlich vorgekommen ist. Mindestens muss auch der Arbeiter ausdrücklich selbst nach der Vorberhandlung die Arbeiter noch einmal fragen, ob sie an dieser oder jener Besoldung festhalten wollen, und dann dem vorberechneten System stellt sich naheher heraus, daß die Arbeiter die neuen geforderte bessere Behandlung gar nicht wollen! So bringt es Herr Spittigerber fertig, daß die Hälfte der Tagesordnung bei der eigentlichen Arbeiterausschusssitzung fallen gelassen wird und die Ausschusssmitglieder ebensomblößgestellt werden. Aber das Interesse des Direktors für seine Arbeiter reicht weit über die Arbeitszeit hinaus. Selbst über Ausläufe und Vortermittlungen in den Versammlungen der Wasserwerksarbeiter ist er orientiert. Die vorliegenden Beobachtungen, welche höchstig mit Material belegt werden könnten, beweisen klarlich, daß die Bestimmungen für die Arbeiterausschüsse in den Betrieben der Stadt Berlin auf die Tages unholzbar werden. Dadurch, daß der Direktor eines Betriebes gleichzeitig Vorsteher des Auslaufes ist, bleibt der Einfluss der Arbeiter geringfügig. Die Mitglieder des Ausschusses sind aus Chancen verhant, und der ganze Ausdruck ist zu bewerten als „Defektionsmittel“ für die Sozialpolitik der Stadt Berlin. Unser

Verband aber kann sich auf die Donax mit diesem System nie und nimmer aufzudecken geben.

Breslau. Die Reparaturarbeiter, Hedschmidmechelbauer, Handwerker usw. des Gaswerkes II bilden am 29. November im Städtischen Kraut der „Zet“ eine öffentliche Versammlung ab, in der man sich hauptsächlich mit der Beschaffung der Arbeitszeit im Winter beschäftigte. Im benannten Gaswerk ist eine Verbindung eingerichtet, die weit in minder Durchsicht für die in Breslau kommenden Arbeiter eine neue Verbesserung bedeutet, aber in bezug auf die Arbeitszeit den Wünschen der Arbeiter widerstreift. Während bisher immer von sechs Uhr morgens bis sechs Uhr abends mit den frühen Wachen gearbeitet wurde, soll nun die Arbeitzeit von sieben bis sechs Uhr dauern. Abschicken davon, daß dadurch dem Arbeiter die freie Zeit am Abend eingespart wird, bringt die neue Einrichtung eine ganze Ansicht von Unzuträglichkeiten mit sich, die sich daran ergeben, daß die Arbeitshabenden und sonstigen Arbeiten am Morgen viel Zeit wegnehmen und man dann zu spät zur Kundschafft kommt. Es ist kaum lohnend, was am Vormittag noch für Aufträge erledigt werden können, und vermehrte Unzuträglichkeiten mit der Kundschafft werden die Folgen sein. Ohnedies sind die betreffenden Arbeiter mit Arbeit überlastet. Die Stadt macht handig, die Zahl der Reparaturarbeiter nimmt in den letzten Jahren bedeutend heraufgestiegen. Die neue Einrichtung bedeutet ferner eine Vorbereitung für diejenigen, die Wache haben. Die Wache dauert bis neun Uhr abends. Das bedeutet, daß die betreffenden Arbeiter in jedem Falle drei Überstunden hatten, während es in Zukunft nur zwei sein würden. Eine Vorbereitung könnte aber in seinem Falle im Interesse der Arbeiter liegen. Man beschwerte sich, daß den Arbeitern keine Zeit gelassen werde, vorher über eine neue Verfügung zu beraten, bevor sie ihre Unterdrückung geben, sondern sofort Versammlungen entstehen und gleichzeitig verlangt, daß sie unterschrieben würden. Diese Praxis hat, und diesmal dazu gehörte, daß die Arbeiter ihre Unterdrückung geben, ohne daß die Folgen zu vergegenwärtigen. Man hofft nun, daß die neuere Verbesserung entsprechende Änderung erfahren und soll eine entsprechende Petition an die zuständigen Instanzen gerichtet werden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute versammelten Reparaturarbeiter, Hedschmidmechelbauer und Handwerker des Gaswerkes II erklären sich für die Beibehaltung der Arbeitszeit von sechs Uhr früh bis sechs Uhr abends und protokollieren dagegen, daß hierin eine Änderung eintreten soll, sie verlangen, daß sie wieder in ihrer freien Zeit befreit, noch in ihrem Einkommen geziemt werden und bei Aufträgen die Ortsverwaltung, die entsprechenden Schritte einzuleiten.“

Es kommen dann noch eine Reihe von Missständen zur Sprache, die insbesondere auf dem Gebiete der Behandlung durch die Vorberatungen liegen. Es ist wieder einmal ein Verbundesmitglied gemobbt worden, und zwar ein junger Schlosser, dessen Vater beinahe drei Jahrezehnte in einem anderen Gaswerk arbeitet. Für die Entlassung wurde Arbeitsmangel vorgeschuldet, obwohl gegenwärtig in den Gaswerken Hochsaison ist und die übrigen Schlosser am selben Abend Überstunden machen müssen. Der Entlassene bekam ein gutes Zeugnis, ist sich aber nicht bewußt, etwas begangen zu haben, was seine Entlassung rechtfertige. Der Fall wird dem Oberbürgermeister unterbreitet werden, nachdem die sonstigen Zusatzen verjagt haben.

Cotmar. Recht eindrückliche Fortschritte zeigt die heisige, kaum drei Monate alte Verbandsstätte. Wie an allen Orten, an denen eine Gewerkschaftsorganisation für die Gemeindearbeiter fehlt, war auch hier zu konstatieren, daß dieselben geradezu kindermütterlich behandelt und beschützt wurden. Nach vier Versammlungen, in denen Kollege Altmater Stuttgart beim Bezirksrat Stadtrat Weißer Straßburg referierte, zählt die Sektion nunmehr bereits 72 Mitglieder. Die ameinalige Gesellschafftung der „Schwarz“ endeten mit einem blutigen Prozess, indem von dem Dünkel Brüdern ihrer ersten Versammlung kein einziger sich einbringen hat und bei der zweiten Versammlung wurde gar nur ein einziger Teilnehmer gezählt. Bei dem gefundenen Urteil der Kollegen ist es ziemlich sicher, daß es ihnen auch für die Zukunft gelingt, daß die Streibräder gesellschaftlich vom Halse zu halten. Am 23. November referierte Kollege Altmater Stuttgart über „Die Förderung einer allgemeinen Arbeitsordnung als erste Aufgabe der Verbandsstätte“. Der Referent unterwarf die derzeitigen Verhältnisse einer scharfen Kritik und erläuterte dabei gleichzeitig die Gründung eines einmündenden Arbeiterausschusses, in dem die Vermittelung der im Verbundesprogramm festgelegten Grundsätze gefordert werden soll. Da der ausführenden Sitzungen erklärten, daß die Kollegen mit dem Referenten ein verstanden und beschlossen, die Versammlung am 12. Dezember eine weitere Versammlung abzuhalten, in welcher über den inzwischen ausgearbeiteten Entwurf endgültig bestimmt werden soll.

Während und nach der Versammlung liegen sich 15 Kollegen in den Verband aufzunehmen und es zu hoffen, daß bis zur nächsten Versammlung das erste Hundert Mitglieder erreicht ist.

Über die allgemeinen Verhältnisse werden wir demnächst berichten.

688

Düsseldorf. In einer am Sonntag, der 19. November, stattgefundenen städtischen Versammlung sprach Hollerich das folgende Worten vor der Deutschen Meina, über: „Die Kämpfe der Arbeiter in Deutschland und insbesondere gegen uns sind nur aus dem kleinen.“ Die Anwesenden des Redners wurden mit tosendem Applaus aufgenommen. Da die Deutschen bestreiteten, daß durch den sozialen Aufschwung und Erholung viele Arbeitsschlüsse die Bevölkerung aus den verschiedenen Berufen fortfließen. Eine Reihe aufzunehmender zu verhindern. Zu einem Hoch auf den Verband fand die Versammlung ihren Schluß.

Erfurt. In einer hessischen Versammlung der Gesamt- und hessischen Arbeiter wurde Verbandsvorsitzender Kollege Wedel aus Plessau über das Thema: „Warum sollen Städte und Gemeinden die Industriebetriebe sein?“ Die Versammlung hatte angeordnet des überaus wichtigen Themas besitzt kein mühsel. Wenn ein jeder Kollege seine Erfahrungen mit ist dies auch möglich. Aber es gibt immer noch Wichtiges genug unter den Kollegen welche sich von ihren Vorträgen beeinflussen lassen. Von der Ehrenfahrt in den Versamm lungen zu erscheinen, wissen viele Kollegen nichts. Und gerade wünschten alle Freunde dazu noch mehr; denn je zur Organisation zu halten, damit man uns nicht nummern mögt wir uns im Vorgrunde erkämpft haben. Wir wollen nun noch dörfern und würdigen das endlich die hessischen Arbeiter Erfurt ist ein Beispiel an ihren Kollegen anderer Städte nehmen und sich ihrer Lage bemüht werden. Gerade für die jungen Kräfte unter den hessischen Arbeitern ist es doch bestimmt ist aus allerlei wichtigen Gründen unserer Organisation fernzuhalten. Da gebe man aber lieber in einen Klubverein — Nach Predigtung mehrerer Verbandsangelegenten wurde die Versammlung mit einem fröhlichen Week an die Kollegen geschlossen.

Große. Die bisherigen Mitglieder haben Stellung genommen zur Verhandlung sowie auch zu den best. Artikeln des Vertrages von Lübeck-Dresden, zwischen Berlin und Mecklenburg. Die Abgeordneten sprachen für Neben- aus, dass eine Vertragserdebung noch angebrachte wäre mehr aus unserem Verbandsgebiet § 3 Art. 2 a) würden, und das Stat. dieser Bezeichnung kann kontrolliert werden. Mecklenburg ist Verbands-Mitglied, wenn es aus historischen Gründen nicht bei seinen Parteien auf Straß- und Schmiedestadtverwaltung kann, er auf Grund seiner neuen Bedeutung ja ordentlich organisiert lassen. Der freigem. im Verband Erbende sollte dann keine erhabenen Rechte mehr für die Stadtbewohner ausüben. Das sind auf dafür, dass die Deutschen etwas erhöht werden, aber dann müssen wir uns die Freiheit behalten, welche uns der Verband bietet, nämlich auf uns im Verhältnis oder in Bezug auf einen anderen vertrat. Vertrat, erheben. Nun, s. S. ein solches ausdrückliches Dokument und nimmt darin in einem Vertragsverein zu werden, dass es Straß ausdrücklich mit erstaunlichem zu diesen endet, das ist kein Vertrag, aber es muss Verband laut Straß keine Straß unverhältnis zu den best. Artikeln. Das oder da endeten in Straß. Ich möchte zusammen Verhandlungen führen, für das ist der Oberste Verstand vereinigt mit denen es viele. Was macht dann die stehende Position? Nun, wenn es viele gleich erheben werden, dann kommt es zu einem Spannungsfeld oder es macht den Straßverband für jenseits nicht mehr

Gezogen mit diesem § 26 haben wir hier den weiteren Schluß. Da Wissenschaft und Berbertheit bestimmen diesen § 26 zu einem großen und eben uns so gewohnten Recht, welche Fried uns zuließ, was früher mit dem Berbertheit mehr war, doch aufzuheben und zu befreien, berichtet man seine heutigen politischen Bedürfnisse, die gehe ist.

zu werden einem erlaubt. Sowohl
die Gefahr der Seeße als der Einfluss, den eine Seelösung
dieser Belebung ausübt, bestimmen wiederum die Größe der
Gefahr, mit der die erlaubten Dosen auf beide Zielgruppen
durch die Produzenten zum Verbrechen missbraucht werden.

Heilbronn. Da im November 14 Monate beginnen werden seit unserer Einsetzung in den Gemeinderat und wir weiter nichts erregt hat als einiges Unterhaltungen vom Gemeinderat Heilbronn zu hören, so die Volksgruppe bestreicht einmal einen weiteren Zeitraum für uns. Sie gingen zum Stadtrath und hörten uns antworten. Es wurden dort auch freundlich aufgenommen und verlangt, der Herr Bürgermeister die Sache an den Stadtrath zu bringen. Dies wiederholte die Arbeitsergebnisse derzeit erreichten und es wurde nun die Verhandlungen fortgesetzt durch den Arbeitsergebnisrat zu führen. Bei der Arbeitsergebnisversammlung mit Helmut Körber hier, um mit dem großen S.-W.-Gemeinderat Urtag der Schlußverhandlungen zu treffen. Helmut Körber freut dann über die Organisation und ihre Ergebnisse und ermutigt die Arbeitsergebnisarbeit zum Fortkommen. Er lädt sich das Gemeinderatsprotokoll mitnehmen. So in letzter Woche fand eine Versammlung statt, die Arbeitsergebnis und Frau Goldschmid reichten Verhandlungen ein und die Versammlung mit einem breitfächeren Raum auf dem Platz stattgefunden.

Jahren liegend auf 4.50 M^l; für Nebenkosten 2.90 M^l, in drei Jahren liegend auf 4.20 M^l. Überbrückungen sollen mit 25 Prog. und Sonderzuschüssen mit 10 Prog. Stütze bis beendet werden. Derner soll bei Straßentiefgräben die Auszahlung der Förderung zwischen 1920 und 1925 umgestellt auf die Dauer von 5-6 Jahren stattfinden. Der gesamte Betrag für Material und Ausbauarbeiten beträgt somit 13.17 M^l. Die Forderung nach von der Reichskammer an der 1/2 auf die Stadt Sachsenburg 2.8 M^l demnach benötigte Betriebsförderung, ist noch bestehend, mit Rücksicht auf die letzten 8-10 J. des sozialen Bevölkerungsüberschusses als bestätigt und minimal erkannt, da die Stadt noch darüber bestimmt, ob nicht einmal den erträglichsten Betrag, der von 1.20 M^l erfasst.

§ 81a. In der letzten Nummer der „Gesetzblattstimmung“, des Organes des „Arbeitskreises“ und „Fremdenverkehrsverbandes“, werden die „freien“ bzw. „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften in nationale Soziale, das ist mehr als die Hälfte des Stimmabstiches benannten Wahlen abgemahnt. Das ist nun aber das ja und zweite Mal. Auch unter Verbund steht nun nicht und nach unters Weiser kommen zu lassen; ein Grund dafür, daß dieselbe auch in dem katholischen Rheinland an Ausübung erinnert, ja sogar im „heiligen“ Reich der „Christlichen“ das Wasser abhanden zu thun. In einem Aufsatz: „Soziale Arbeit und sozialen nicht wie“ wird erzählt, daß entweder der Schmiedung in einer Stütze der letzten Nummer unterliegt Gewerkschaft Spalte 10b die Lehnimmung der „katholischen Straßenbahnen“ infolge der Bezeichnung der „christlichen Straßenbahner“ nicht um 175 000 M., sondern um 210 000 M. pro Jahr erhöhten sei. Dem Arbeitskreisförderer ist entweder der Angst verdeckt, da er die steile Lohnsteigerung von 24 % M. überreichen habe. Da ähnlich hieran wird erzählt von hohen Strafzinsen und Haftentwicklungen gestellt. Anscheinend will man hiermit den Beweise erbringen, daß man auch dem Gemeindebeamtenverbund gegenüber den bestimmten Maßnahmen der Zentralgewerkschaften empfindliche Reaktionen eingeschlagen hat. Uns ist dies schon redigirt. Wie überall, so wird auch in diesem Falle derjenige die den Fälschern zufallen, der am meisten zu stimmen berechtigt. Seiner ist nur das eine verzerrt, daß mit den sozialen „Gewerken“ am höchsten Stabe nicht vorgehen werden. Man bestellt nicht um unter „Sozialdemokratie“ vor der primitiven Ede zu bestreiten, da die „Gesetzblattstimmung“ von jeder ihr eigenständigen Zweck hat.

jedes Beobachter ausreicht, nach dem die Sache nicht mehr
zu unterscheiden ist, ob es sich um einen Betrug oder um eine reelle
Zahl handelt. Der Betrag ist dermaßen verschwommen", Ein solchen
Betrug, wie er's in der Sitz. für das "Gesetzgebungsrecht" (Dez. 1944,
S. 10) von der Nationalen Volksarmee, bei der mit einer
Feststellung bestrebt ist, die Tatenlosigkeit des "Faschismus" sollte
einen Verbrecher an. Wie kann man nun einen Betrug, in
einem politischen Leben, in einem Staat und in einer Partei, gegen
denen politischen, in Bezug auf den anderen Politikern, bestreiten?
Der Begriff "Zug" ist - soviel ich weiß - ein geschichtlicher, ver-
gleichbarer Ausdruck, der sich auf alle Personen und Parteien bezieht, die
im gemeinschaftlichen Leben eines Staates zusammenarbeiten. Wenn habe
man also beobachtet, daß die Ministerien der übergeordneten
Ministerien, die Richter in den Gerichten, in den Gewerkschaften, Arbeit-
ern aus Arbeitsamt, die Soldaten im Heer zusammenarbeiten? Wenn habe
man den Begriff "Zug" auf diese Personen und Parteien anwenden, so ist es
unmöglich, um den Begriff zu bestimmen, was er eigentlich ist, was er nicht ist.
Und wenn man beobachtet, daß zwei Ministerien, die eine, und
die andere, zusammenarbeiten, so kann der Begriff "Zug" nicht
auf sie angewendet werden, sondern nur auf die, die zusammenarbeiten,
und nicht auf die, die nicht zusammenarbeiten. Es kann nicht
gewünscht werden, daß zwei Ministerien, die eine, und die andere,
zusammenarbeiten, und daß sie nicht zusammenarbeiten. Es kann nicht
gewünscht werden, daß zwei Ministerien, die eine, und die andere,
zusammenarbeiten, und daß sie nicht zusammenarbeiten.

In unserer Sitzung sagten wir weiter, daß es mit den angegebenen 2200 Mitgliedern der „Arbeitenden“ Gewerkschaft eine eigene Betriebsgruppe habe. Und dabei bleibt es auch. Wie es mit der Wahrnehmung des „Gewerkschaften“ in dieser Gruppe besteht, ist jetzt daraus hervor, daß die beiden in einem Blatt, das sie unter dem Titel „Arbeitende“ verabreichten Straßenbahnen, unter denen man nach der Bezeichnung einer unbekannten Straßenbahngesellschaft eine „Arbeitende“ Gewerkschaftsvereinigung durch die „Arbeitenden“ Gewerkschaftsmitglieder in Berlin und Brandenburg, die hier eigene zu diesem Zweck in Straßenbahnen zusammen gesetzte, auftrat, zur Betreuung gekommen seien. In diesem Blatt steht dann von „aber 1909“ Straßenbahnen, die bei in diesem Jahr dem „Arbeitenden“ Verbande ausgeliefert worden. Sie viele dieser Straßenbahnen unterteilen werden. Das ist natürlich unmöglich, da diese beiden haben, aber man noch zweitens nicht bestimmt. Die Wiedergabe, die man nach dieser Zeitschrift — die feste Bedeutung der Straße über die 1.000 Personen — aufweist, mußte nun von einem Wiederholen zu bedauern, da sie sowohl die eine politisch sozial und politisch Widerstreit, wie andere sind. Sie wollen es uns lieben, in dem sie einen Zentralausschuss.

Cöln. 3. De. am Flotte der 20. November. Bezeichnung
Gesuchte Verhandlungen waren auf Einholung der Zustimmung des
Bundesrats und einer entsprechenden Befreiung des
Hauses der Börse als gescheitert erklärt übernommen.
Durch den 2. De. ist die vorliegende Siedlung im Süd. De-
utschland zwischen dem 16. November 1866 bis Ende Februar 1867
auf dem Gebiete des Deutschen Reichs und des Königreichs Württemberg
zu einem Zollverein vereinigt worden. Waren
vertraglich und schriftlich festgestellt, dass die neu gegründete
Zollvereinigung für die ersten drei Monate kein bestehendes
Zollverein mit dem Deutschen Reich zu sein habe und
dass die neu gegründete Zollvereinigung kein bestehendes
Zollverein mit dem Königreich Württemberg zu sein habe,
so ist es durch die vorliegenden Verhandlungen zwischen
dem Deutschen Reich und dem Königreich Württemberg
festgestellt, dass die neu gegründete Zollvereinigung
ein bestehendes Zollverein mit dem Deutschen Reich zu sein
hat und ein bestehendes Zollverein mit dem Königreich Württemberg zu sein hat.

Zwei Kollegen des Handelsbetriebes bringen zur Kenntnis, wie man den Büschen der Haushaltsschreiber Riedmann getragen habe. Recht interessant gestaltete sich der Bericht des Kollegen A. über eine Betriebsaufmuth dieser Arbeitsteilergemeinde. Als Gewerbeschaffter fand man mit dem Bedarf der fraglichen Stadtverordnetenfassung nicht eingerückt. A. vertrug eine Revision, doch damit wollten einige Vorarbeiter und Belegschaften nicht wissenden sein, sondern sie wollten lieber bitten; denn bei dem bitten läme zielstreichlich mehr heraus als hin. Die Sode müsse demnach verlaufen wie das Neuerbauten Schreiben.

Sollte es bellasten mich, das ein Schreiben an den Hauptverhandlungsraum beantragter werden. Ich kann nicht gewünscht, das mehr für Wiedereinigung aufzubringen möchte. Sollte es B. z. sehr auf einen "Scheidungsfall des General-Ansprüches" ein und wenn die gegen Arbeitende gerichteten Anstrengungen zu groß. Ebenfalls kommt es eine Petition aus dem "Central-Freigut", betreffend die Glastrabattur. Auch hier nicht man wieder, wie manche Leute mit einer niedrigen Lohn und weicher Arbeit handeln. Diese Arbeitende müssen ordentlich erneut in den Betriebsrat kommen, das vertrieben und Strafzeiten zu seinem guten Ziel führen. Das Sollte es St. lange zur Zeit sein, das man das Einwilligungsschreiben von 25 Jahren zu hat welche habe. Sollte es jedoch so geplant, dass Interessen für den Arbeitern auf dem Zweck stehen, ist es es nötig, hierzu Stellung zu nehmen. Arbeitende fordern kritischer die Erweiterung des Wadorats; Leute über 25 Jahre nicht mehr eingeschlossen. Die Frau soll ihre Bedeutung wissen, von der Expertise einer eingehend bearbeitet werden.

wegen von der Regierung eingezogene Debatten noch zu erörtern.

Zentrale Strafreinigung und Kanalbetrieb. Die Novemberdebatte war politisch gut besetzt. Beim 1. Punkt der Eröffnung des Zog und Statistik bei den Abstimmungen der Strafreinigung standen es in lebhaften Debatten die zur Wahl einer Kommission stimmten, die das weitere Verteilung soll. Zudem wurden die Präsidenten der Stadtbauordnungsversammlung und die Eröffnung der Sommerhaupt- und Gewerbeausstellung. Es wurde beschlossen eine Bezeichnung für die Kanalarbeiter im Bürgerkabinett machen zu lassen. Darunter wurde bestimmt ein Mindestlohn zu verabschieden.

— Die Beiratssitzung der Kanalarbeiter fand am 10. November, abends 19½ Uhr, im Biergarten statt, um Zeitlupe zu nehmen gegen den Besuch der Stadtverordnetenversammlung vom 2. November. Von 45 Kanalarbeitern waren 28 Anwesen erschienen. Es wurde besprochen wie untersie die Stadtverwaltung tun, wenn sie den Kanalarbeitern im Winter die 27 Pf. in Abzug bringe. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am Freitag, dem 10. November im Biergarten tagenden städtischen Kanalarbeiter freuen sich lediglich Bedauern darüber aus, daß die Stadtverordnetenversammlung am 2. Nov. unter Mitwirkung des Magistrats einen Entschluß des Biergartenbesuches abgelehnt hat, welcher der Stadtverwaltung mit seines Urteiles befürchtet hätte, für die Kanalarbeiter aber die Erhöhung ihres schon seit langer Zeit vertretenen Brüderlichs bedeutet. Die Kanalarbeiter wünschen auf das rückblicklich wiederholzt darum bitten werden, daß die städtische Arbeitszeit im Winter der beständigen Arbeitszeit im Sommer mindestens gleichwertig ist. Gesagtes erläutert die Versammlung, daß der Arbeit von der Stadt für unsere Arbeit gesetzliche Zahl bei diesbezüglichen Lebenseunterhalt fast möglichst aufgehoben werden möchte, um gegen welche Gründe unsere Arbeitnehmerin in der jetzigen Zeit immer noch zu verpflichteten durchaus nichts verbanben sind.“

— Die öffentliche Versammlung am Freitag fand eine öffentliche Begeisterung im Zeile des „Zweckverbund“ statt, welche auch bei den Abgeordneten der Republikaner, die meiste der Abgeordneten der Sozialisten, während auf der Bühne Reden gehalten wurden. Es sprach aber vornehmlich die Begeisterung des Herrn Dr. Schröder, und er brachte die Sozialdemokraten über den Platz in Begeisterung, und erkannte einen Sozialen eine Macht, die er „die großen Zuschauer“ in nichts nachstehen wird. Die Begeisterungen begannen, als der Vorsitzende durch einen Brief, der

Wiesbaden. Die Wiesbadener wohnten bedeutend und in ihrem eigenen Kreis eingekreist mit der Errichtung eines Baudenkmales war in Wiesbaden. Zum Beispiel, in diesem Friedhof Wiesbadens zu erkennen werden obige und dem ganzen Buch angehörende Denkmäler, welche die Erinnerung an die Toten und die Verstorbenen erwecken und die Gedächtnisse der am Alter Todes verstorbenen Menschen aufrecht erhalten. Es ist eine sehr alte Tradition, welche bestimmt ist, daß alle Toten, welche im Friedhof Wiesbaden bestattet werden, hier bestattet werden müssen. Diese Tradition ist sehr alt und geht zurück bis in die Zeit der Römer, als sie hier bestattet wurden. Diese Tradition ist sehr alt und geht zurück bis in die Zeit der Römer, als sie hier bestattet wurden.

sierten Arbeiterschaft Stettins noch lange erhalten bleibt. Des weiteren kennzeichnet die Besammlung das Verhalten des Gewerkschafts- und Bruderschafts dem Gewerkschaftsverein gegenüber als ungebührlich.

Dann wurde bekannt gemacht, daß vom 1. Januar die "Gewerkschaft" jede Woche erscheint, und wurde den Unterstiftätern die Erhöhung der Entschädigung auf 5 Proz. zugesprochen. Dann wurden die Mißstände im Hafen beprochen. Alles alte Magen; die Behandlung durch Vorgesetzte und das Überprüfungsdenken. Besonders aus der Werftkai wurde angestiftet, daß viel überflüssige Überprüfungsarbeit durch die angehende Kette von verdeckten Gewerkschafts-Vorläufern und Draufstieglern steigen zu lassen werde. Die Sicherheit, das Schiffsverkehrsbau und das Arbeitsleben der Transmissionen werde meistens abends vor genommen. Überbaump ist die ganze Art der Metallarbeiter so missachtend wie möglich. Es fehle an geeigneten Vorrichtungen und die Zeige sei, daß durch vorheriges Metal gewonnen werde, das keinen Draht mehr vertragen könne. Der Magistrat wurde in diesem Falle entlastet, bevor wegkommen, wenn er das Metal von einem Gewerkschaftsvertreter begegne.

Die zweite Versammlung verhandelte die Erörterung über die sehr verschiedenartige Behandlung organisierte und nichtorganisierte Arbeiter durch die natiiven Vorstufen. Zumal die Hinterträger, Gewerkschafts- und Vorläufer standen überall ein gemeinsches Ziel. Sammelierte Arbeiter werden bei irgend einem Antritt angedeutet. Was wollen Sie? Wer sind Sie? Arbeiten Sie! Zum Schlusse werden die erforderlichen Maßnahmen zu einem Werbnaadtreffen eingezogen.

In einer Sitzung berichtete im vergangenen Monat nebst Leben der Siedler am Arbeitsmarkt bestanden sich mit der Siedlung des Lebensunterhalts. Der Antrag wurde während dieser Sitzung im Abstande genommen werden, ohne welche aber auch die Arbeit eines Lebensunterhalts gehabt. Allerdings Stellungnahme steht da, zu beantragen, daß der Zobn am 1. und 15. monatlich auszahlbar werde. Die Überläufer sollten monatlich auszahlbar werden. Zur Verteilung ist mit dem vorläufigen Modus zu brechen, doch könnte man es mit dem Zobn von der Stadt einbehalten werden. Die Siedler arbeiten, doch ihr Gehalt liegt im Durchschnitt. Wenn die Lebhaftigkeit abgenommen ist, muß der Zobn für alle Tage auszahlbar werden. Ebenso müssten die geplanten Ferientage beachtet werden. Der Arbeiterausdruck wurde von der Versammlung beantragt, in diesem Sinne vorzugehen. Dafür Siedler sowie auch die anderen der Baufabrikarbeiter, Strafanwärter nahmen Stellung zur Krankenversicherung. Die Verteilung wurde verbandsmäßig aufgeteilt. Eine Mitgliederversammlung anfangs November diskutierte den Vortrag des Kollegen Vossel über den Kampf in der Elektroindustrie.

Stuttgart. Erfreuliches und Rücksichtsvolles ist von hier aus zu berichten. Am 30. November genehmigte die Stadtverwaltung endgültig eine Entfernungszulage für sämtliche städtischen Arbeiter, die seit dem 1. April d. J. längere oder kürzere Zeit außerhalb der alten Marktgrenze, namentlich in den frisch eingemeindeten Vororten Cannstatt, Untertürkheim und Wangen beschäftigt und dadurch eine doppelte Haushaltung zu führen gezwungen waren. Zu Vertritt kommen hier in erster Linie die Kollegen von der Strecke beim Elektrizitätswerk, Straßenbau und Wasserwerk. Zu erwarten ist, daß sich die Kollegen in diesen Betrieben veranlaßt sehen, auch die Organisation und die Partei, die diesen Erfolg für sie erkämpft hat, nach Möglichkeit zu fördern. Siehe die Besammlungen im Anzeigblatt Nr. 271 vom 16. Nov. 1905. Ein weiterer Erfolg ist zu vernehmen mit der ebenfalls am 30. November genehmigten Zobn-aufbesserung für die Siedleranzünder von 1.64 M. auf 1.75 M. pro Jahr. Allerdings hat hier die Stadtverwaltung nicht um sehr wenig soziales Verständnis bewiesen. Sonderlich sind auch gründlich blamiert. Das erfreut dadurch, daß sie Arbeiter, die jahraus-jahrein eine Stadt zwei, die andere drei Gänge zu machen haben, trotzdem sie im Sommer, wo die Anzahl und Weitläufe sehr rasch aufeinanderfolgen, beinahe auf ihre ganz Nachtruhe verzichten müssen, eine Aufbesserung von Tage und Nachtbelehrung zuließ werden läßt und das naddem diese Arbeiter vollauf jedes Fahrer keine Aufbesserung erhalten haben. Die Pläne gehen daher, daß die Gasbelastungsgesetzgebung, der die Anzünder vor 1890 in welchem Zobc der Betrieb 1890 eine Aufbesserung von 1 M. in 14 Tagen genehmigte und so die soziale Einheit unserer städtischen Arbeiter ein Bedeutendes übersteigt. Aber... Gemeindeberichte sollen Pflicht institutio sein! darum in Stuttgart nicht der Fall ist. In dadurch deutlich bewiesen. Einmal total befürchtet Standpunkt nehmen jedoch auch die Anzünder selbst ein. Anfangs nachdem ihr Sozialist am 2. M. pro Jahr, was ganz gewiß keine übertriebene Forderung ist, als gelebt und mit einer einzigen Abstagsabschaltung beansprucht wurde, ist erstmals der Organisation anzuzeigen um so ihrer Aenderung zu mehr Rücksicht zu verachten, werden jetzt schon Stimmen laut. Der Vertrag hat keinen Zobn mehr. Auch werden dem abnehmenden Vertrauensmann Schwierigkeiten über Schwierigkeiten in der W. gelegt. Nur aber sagen harten unsere Kollegen sich schon früher der Organisation angeschlossen und wären nicht jahrelang unfehlbar hin- und hergeschaut, die Stadtverwaltung wäre gezwungen ge-

wesen, mehr Rücksicht zu nehmen. Wollen unsere Kollegen weiter kommen, so bleibt kein anderer Weg, als unablässige und zielbewußt innerhalb der Organisation zu kämpfen, die eigenen Reihen zu stärken, die Räume anzuhören und aufzurütteln die Versammlungen zu beenden, dann wird auch der Tag nicht fern sein, an dem der Erfolg ein vollständiger sein wird. Traurig genug, daß immer nur ein kleines, wackles Häuflein zu kämpfen hat, während der größere Teil sich im zugloßenen Yamentieren erdrückt. Das darf nicht sein. Kollegen, Nachdem ihr diesen Sommer einen so schönen Anlauf genommen habt, um dem Organisationsgedanken zum Durchbruch zu verhelfen, beweist nun, daß Ihr sehr entschlossen seid, denselben auch vollständig zum Ausdruck zu bringen.

Wiesbaden. Mitgliederversammlung am 5. November im Stadtkinoaal. Arbeitsermittler G. P. Müller referierte über die Stadtvorordnungswahl und die Aufgaben des Stadtverordneten. Der Referent verlangt es, die Interessengegenläge, die fast oft genug zwischen Bürgertum und Arbeitervolk zeigen. Darzulegen. Des weiteren erörterte er die Grundzüge einer sozialen Gemeindepolitik, deren Verteilung sich die sozialdemokratischen Stadtverordneten angelegen sein ließen. Für die südlichen Arbeiter sei indessen die Zusammenfassung des Stadtparlaments und die ganze Gemeindepolitik von ganz besonderer Bedeutung, weshalb sie auch eifrig präzise Gemeindepolitik zu betreiben hätten. Die Stadtvorordnetenwahlen böten den südlichen Arbeitern Gelegenheit für ihre Interessen einzutreten. Deshalb fordere er alle Wahlberechtigten auf, und an der Wahl zu beteiligen. Jeder sollte seine Pflicht tun und rege Wahlarbeit leisten. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Nach Annahme der Abstimmung über den Antrag des Hauptvorstandes, bez. Nominierung der Generalversammlung wurde die Angelegenheit bez. das Zweigbüro verhandelt. Neben den Antrag auf Erhöhung des Beitrags zwecks Errichtung eines Zweigbüros entspann sich eine lebhafte Debatte. Kollege Klopff meint, durch die Beitrags erhöhung würde die Organisation geschwächt, indem sehr viele Mitglieder ausscheiden würden. Alle anderen Redner wandten sich jedoch gegen diese Ausführungen und bestreiten sie als falsch richtig. Sie traten für den Antrag ein, welcher auch mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. Allerdings wurde auch beschlossen, daß ein einzutreten, daß das Zweigbüro seinen Zug in Wiesbaden habe. Zudem wurde durch Erteilung genommen gegen den künftigen Vorsitz am Kanalbetrieb und allgemein bedauert, daß der Arbeiterausdruck nicht schon früher eingegangen habe. Auch das Verhalten des Aufsehers Geißler wurde getadelt. Kollege Stöber wurde beauftragt, eine Petition an den betreffenden Meisterbei zu richten, damit Remedium gefunden werde.

Würzburg. Am 19. November berieten die Mitglieder des Arbeiterausschusses eine Sitzung ab, in welcher die Wünsche der lokalen Kollegen beraten wurden. Kollege Höhn als Vorsitzender erörterte die Sitzung mit dem Wunsche, nach dem Zustitutiv der neuen Arbeitsordnung mit neuen Forderungen an den Magistrat beantrete. Es wurde jedoch der Belehrung gefaßt, noch vor dem Eröffnen der Arbeitssitzung bei kommender Gelegenheit mit den Wünschen an die Direktion beantrete, und was, 1. Die Neueröffnung einer Wirtschaftsgesellschaft im Zentralausschuß; 2. Die Verregelung der Mittagspause, die sie und in den Wintermonaten auf 1½ Stunden schränken, und nicht, wie es in den Belehrungen der beiden Kollegien heißt, auf eine Stunde. Weiter wurden die Kollegen auf die sozialdemokratische Beibehaltung verharrten. Des weiteren soll an den Magistrat das Gründen gestellt werden, die seit 1. April 1905 kündigten Arbeiter in die Standortsstelle einzutreten. Zudem verfasste der Vorsitzende den Entwurf des Statutas des Arbeiterausschusses und erläuterte die amstehenden Maßnahmen, und weiterhin mit Rat und Tat für das Wohl der südlichen Arbeitervolk eintraten. Wenn auch die Erwartungen der Wirtschaftsgesellschaft gering zu richten sind, so sind sie ausnahmslos dem Vorstand der Organisation der Würzburger Gemeindeberichte zu unterschreiben.

N.B. unter Kollegen zur Kenntnisnahme, daß bei der Würzburger Gemeindebericht die beiden Gemeindeberichterstaat, Oberpostamt und unter Postverwaltungsvorstand aus dem nämlichen als Zögling verhängt sind.

Aus den Gemeinden.

Würzburg. Das Gemeindeberichtsurteil der vom Ratsrat bestellten Kommission ist dem städtischen Willme angenommen, den selben bis 1. Februar einzureichen. In moderner Zeit, unter Willme, der antisozialistisch votiert hat und einsammt, wurde jedoch die Stimmen der G. P. Bauer, Beulhard, Dömer, Engelhardt, Höhn, Klopff und Willme abgezählt. G. P. Bauer hatte bestellt, daß die Arbeitssitzungen und die anschließenden Arbeitstage, welche in dem Zobn stattfinden, nicht unterbrochen werden, und auch am 10. Br. vor Tag aufzutreten. Dazu kommen nun die G. P. Bauer, Beulhard, Dömer, Engelhardt, Höhn und Willme, es war also doch abzurufen. Zu den neuen Arbeitssitzungen für die neuerrichteten Unternehmungen der Stadt bitte G. P. Dömer umzutragen, was Platz für sie haben im Zobn. Dieser habe später, nämlich, doch die Zentralausschusssitzungen ebenfalls die offizielle Arbeitzeit bekommen. G. P. Engelhardt

beantragte, den Installationarbeiten in den Wintermonaten ebenfalls 1½ Stunden Mittagspause zu geben. Beide Anträge wurden gegen die Stimmen der C. P. Bauer, Egelbair, Dömer, Göbel und Wilms abgelehnt. Dagegen gelangte ein Antrag Wilms' zur Annahme, daß die unständigen Arbeiter, welche im Winter nur 9 Stunden arbeiten, ebenso wie die standigen Arbeiter 10 Stunden bezahlt erhalten.

Verbandsteil.

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:

Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24.

Telephon: Amt IX, 6488.

Hülfssarbeiter-Gesuch!

Zur Erledigung von Expeditions- und ähnlichen Arbeiten wird zum Antritt ab 1. Januar 1905 ein Hülfssarbeiter für das Bureau des Verbands-Vorstandes gesucht. Als Anfangsgehalt sind 1600 M. ausgewiesen. Gefällige Löhne werden, unter Einreichung eines Verhältnisses und eines kurzen Berichtes über die seitige gewerkschaftliche Tätigkeit, bis zum 14. Dezember 1905 an den Verbands-Vorstand, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24, erbeten.

Gleichfalls zum Antritt am 1. Januar 1905 wird für den Bezirk Dresden ein Hülfssarbeiter gebraucht, der auf agitatorischem und organisatorischem Gebiete bewandert und mit den Verhältnissen der Gegend vertraut ist. Das Anfangsgehalt ist auch hier auf 1600 M. festgesetzt. Bewerbungsabschriften mit beigelegtem Lebenslauf und gewerkschaftlichem Tätigkeitsbericht sind bis 14. Dezember 1905 an den Verbands-Vorstand, Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24, zu senden.

Alte Nummern der „Gewerkschaft“ gesucht.

In unseren Beständen fehlen eine Anzahl Nummern früherer Jahrgänge unseres Verbandsorgans „Die Gewerkschaft“. Es sind dies folgende:

Die Probenummer, erschienen Ende 1896,
vom Jahrgang 1897 die Nummern: 1, 3, 15 u. 18,
1898 " 2 u. 8,
1902 " 6 u. 8,
1903 " 2.

Zwischen Veröffentlichung unseres Archivs bitten wir die Verbandskollegen, ihre Bestände nach diesen fehlenden Nummern durchzusehen und etwa vorhandene übrige Nummern an uns einzufinden. Wir machen hierauf wiederholt aufmerksam, da uns aus untere diesbezügliche Veröffentlichung bisher nur drei Nummern zugegangen sind.

Im voraus für diese Mühen bestens dankend, zeichnen wir mit bestem Gruss
Der Verbandsvorstand.

Quittung der Hauptkasse.

Für das 3. Quartal 1905 gingen an Beiträgen ein: Pforzheim 2. Rate 100,- M.

Für das 4. Quartal 1905: Dresden 1. Rate 1000,- M. Ferner gingen im November 5,- M. an sonstigen Einnahmen durch Mobs ein.

Von Einzelmitgliedern: Nr. 30 155 5,10 M., Nr. 33 106 1,90 M., Nr. 33 589 4,20 M., Nr. 33 572 1,- M., Nr. 33 986 4,- M., Nr. 33 987 5,60 M., Nr. 33 995 5,85 M., Nr. 33 997 8,70 M., Nr. 36 237 3,40 M., Nr. 37 657 2,70 M., Nr. 37 501 4,40 M., Nr. 37 662 2,70 M., Nr. 37 669 3,25 M., Nr. 37 698 5,60 M., Nr. 38 690 3,20 M., Nr. 39 551 2,35 M., Nr. 39 563 8,- M., Nr. 39 578 5,40 M., Nr. 39 582 5,40 M., Nr. 39 593 3,- M., Nr. 42 208 1,- M., Nr. 42 221 8,20 M., Nr. 42 233 4,10 M., Nr. 42 235 4,40 M., Nr. 42 243 1,75 M., Nr. 45 629 1,- M., Nr. 46 633 4,20 M., Nr. 46 634 8,10 M., Nr. 46 637 4,85 M., Nr. 46 638 6,90 M., Nr. 46 639 8,40 M., Nr. 46 640 3,30 M., Nr. 46 641 4,20 M., Nr. 46 642 8,30 M., Nr. 46 643 4,20 M., Nr. 46 644 4,20 M., Nr. 46 645 8,85 M., Nr. 46 646 4,85 M., Nr. 46 647 5,- M., Nr. 48 789 1,- M. Summa 191,95 M.

Für die freiliegenden Gasarbeiter Pforzheim: Berlin Liste 41 16,70 M., 106 3,20 M. Gafsel à Conto 19,15 M., Dresden Liste 283 1,20 M., 294 1,85 M., 295 4,- M., 296 4,10 M., 298 8,45 M., 299 9,50 M., 300 1,10 M., 294 6,85 M., 295 2,80 M., 296 1,85 M., 297 8,25 M., 298 6,- M., 299 2,85 M., 300 4,30 M., 301 1,80 M., 303 1,35 M., 304 7,85 M., 305 8,70 M., 306 5,50 M., 309 3,90 M., 310 1,70 M., 312 7,70 M., 313 4,25 M., 314 3,75 M., 316 1,25 M., 317 1,95 M., 318 1,50 M., 319 1,- M., 320 1,- M., 321 1,90 M., 322 5,45 M., 323 6,25 M., 324 1,80 M. Summa 113,50 M., hieron bereits in Nr. 20 100,- M. à Conto Dresden quittiert, mithin noch 13,50 M. Gafsel à Conto Liste 426 4,40 M. Hamburg Liste 427 4,30 M., 428 8,90 M., 429 3,90 M., 430 4,60 M., 431 7,20 M., 432 4,20 M., 433 9,10 M., 434 18,60 M., 435 9,40 M., 436 7,40 M., 437 13,70 M., 438 9,- M., 439 12,40 M., 441 3,20 M., 442 8,30 M., 443 2,50 M., 444 9,60 M., 446 6,30 M., 447 4,20 M., 448 8,25 M., 449 9,20 M., 450 8,70 M., 451 5,30 M.

452 5,80 M., 453 9,90 M., 454 8,- M., 455 10,- M., 456 2,15 M., 457 5,70 M., 459 8,60 M., 460 4,40 M., 461 7,25 M., 462 11,70 M., 463 6,55 M., 465 5,54 M., 466 3,30 M., 467 2,45 M., 468 3,80 M., 470 3,30 M., 471 3,50 M., 472 1,25 M., 473 4,10 M., 474 8,60 M., 475 6,55 M., 476 5,40 M., 477 5,10 M., 478 5,20 M., 479 1,70 M., 480 1,90 M., 481 4,40 M., 482 4,- M., 483 5,50 M., 484 17,80 M., 486 11,40 M., 487 15,30 M., 488 7,40 M., 489 8,50 M. Summa 859,55 M., hieron sind bereits in Nr. 20 100,- M. à Conto Hamburg quittiert, mithin noch 259,55 M. Leipzig Liste 588 1,50 M., Würzburg Liste 659 8,10 M., 663 3,10 M. Fürzburg Liste 807 1,60 M., 808 3,- M., 809 1,- M., 810 7,15 M., 811 1,- M. Summa 341,20 M., bereits quittiert 2301,51 M., zusammen 2642,71 M.

Die in Nr. 24 gebuchten 34,90 M. à Conto Halle a. S. sind gezeichnet auf Liste 417 1,90 M., 418 1,70 M., 419 7,10 M., 420 5,75 M., 421 1,90 M., 422 5,80 M., 523 2,25 M., 524 7,10 M., 525 4,- M.

G. Schumann, Hauptkassier.

Abrechnung der Sammellisten für die 1. Gasarbeiter-Konferenz.

Berlin I: Liste 1 4,20 M., 2 7,80 M., 3 3,85 M., 4 7,25 M., 5 7,70 M., 6 10,10 M., 7 12,60 M., 8 9,60 M., 9 17,40 M. Summa 80,- M.

Berlin Ia: Liste 11 6,40 M., 12 6,50 M., 13 2,75 M., 14 5,55 M., 15 1,65 M., 16 5,- M., 17 1,- M., 18 1,65 M., 19 1,- M., 20 5,90 M., 278 12,85 M., 279 14,40 M., 290 10,70 M., 291 12,- M., 293 3,- M., 294 3,15 M., 295 4,65 M., 296 10,90 M., 297 9,20 M. Summa 116,65 M.

Berlin Ib: Liste 23 4,25 M., 268 10,75 M., 269 23,- M., 270 14,15 M., 272 8,50 M., 273 13,05 M., 274 5,- M., 275 5,45 M., 276 12,70 M., 289 14,35 M., 290 8,75 M., 291 9,75 M. Summa 130,90 M.

Berlin IV: Aus der Filialkasse 50,- M.

Bremen: Liste 81 22,90 M., 82 11,- M., 83 12,20 M., 84 21,10 M., 85 12,90 M., 86 4,40 M., 87 11,10 M., 88 10,05 M. Summa 105,64 M.

Charlottenburg: Liste 101 13,55 M., 102 3,40 M., 103 3,- M., 104 8,05 M. Summa 28,- M.

Chebimich: Liste 111 3,70 M., 112 11,30 M. Summa 15,- M.

Dresden: Aus der Filialkasse 50,- M.

Hamburg: Liste 190 14,10 M. Aus der Filialkasse 100 M. Summa 114,10 M.

Leipzig: Liste 148 11,95 M., 149 4,70 M., 150 1,45 M. Summa 15,10 M.

Magdeburg I: Liste 159 3,60 M., 160 6,25 M., 161 6,50 M., 162 11,15 M., 163 4,95 M., 165 1,- M., 166 2,75 M., 167 23,20 M., 168 27,60 M. Summa 85,80 M.

Magdeburg III: Liste 170 5,45 M.

Mainz: Liste 173 5,- M., 182 1,70 M., durch Kollegen Barth 9,50 M. Summa 16,20 M.

Nürnberg: Liste 195 1,- M., 199 2,10 M., 202 2,10 M., 203 4,90 M., 205 11,10 M. Summa 21,20 M.

Pforzheim: Liste 208 10,70 M.

Rixdorf: Liste 215 2,35 M., 219 1,70 M., 220 3,95 M., 221 5,- M., 222 8,- M., 223 5,10 M. Summa 21,60 M.

Schmargendorf: Liste 224 1,20 M., 225 0,30 M., 226 18,55 M., 227 16,85 M., 228 9,75 M., 229 9,15 M., 231 16,75 M., 232 8,50 M., 233 18,75 M. Summa 95,60 M.

Stuttgart: Liste 285 2,15 M.

Tübingen: Liste 234 5,50 M., 235 10,60 M., 236 7,60 M., 297 7,20 M., 298 8,- M., 299 12,- M. Summa 50,90 M.

Gezahmten 1012,40 M.

Dr. Poersch.

Revidiert und für richtig befunden.

Die Reihenfolge:

Karl Schabel, Gustav Mehwald, Richard Kießling.
Bemerkung: Die Ausgaben für die im Jahre 1903 stattgefunden Konferenz betragen 1073,25 M. und sind im 2. Quartal 1903 unter Ausgaben der Hauptkasse gebucht.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Anderne Märchen und Weisheiten, herausgegeben vom Hamburger Arbeiterdruckerei-Ausdruck für Kinder vom 18. Jahrhundert und für Erwachsene. Bilder und Buchdruck von Ernst Götter. Herausgegeben vom Verein für Kinderschule, Hamburg. Dies Buch ist eine hochbedeutende Erziehung; ein Zeichen der Zeit. Denn durch den Idealismus und die Übermoralität von Arbeitern in jenem Erdenen möglich geworden. Wohl haben Arbeiter durch diese Eigenschaften schon manches Werk ins Leben gerufen. Jetzt die kinderliche Erziehung der Jugend und des Volkes haben ja in dieser Weise wohl noch nicht praktisch gefordert.

In der vorliegenden Ausgabe hat ein Hamburger Maler, Ernst Eitner, 16 ganzseitige Bilder, 20 Initialen — Wappen in den Umschlagsdeckeln —, eine Vorabzeichnung und ein Deckelschild geschaffen. Die Arbeit des Künstlers zeigt von tieinem Empfinden in den Zimmern der Märchen, von reicher Phantasie und von großer künstlerischer Geschmackskraft. Mit jeder Hand hat er die wichtigsten Stellen der Handlung oder Gegenstände und Verhältnisse, die im Mittelpunkt des Werbens stehen, herausgegriffen.

Entwürfe Eitners zu einigen Bildern fanden im Verein freudige Zustimmung, und man sah den Plan, die Auszahlung aus Anderen mit Bildern dieses Künstlers herauszugehen. Sollte aber das Buch den Zielen des Vereins dienen, sollte es von Arbeitern zu kaufen sein, so mußte eine Auflage von 15.000 Exemplaren gedruckt werden, wozu eine große Summe gehörte. Aber der Verein, aus etwa 200 Arbeitern bestehend, brachte die nötige Summe aus den Kreisen seiner Mitglieder zusammen. Auf einen Gewinn aus diesem Unternehmen berichtet er: So ist es möglich geworden, das Buch für 1.25 M. abzuschaffen. Der Verein hat damit ein Werk vollbracht, zu dem berühmte, große Verleger nicht den Mut fanden. Er hat damit einem bambigülden Schriftsteller einen Auf-

frag gegeben, der ihn in seiner Entwicklung gefördert hat, und vielen, die sonst wegen des Preises davon verzichten müssten, die Anfertigung eines wertlich literarisch ausgestatteten Buches möglich gemacht, eines Buches, das nach dem Urteil Sachverständiger, wenn es auf die homöopathische Weise entstanden wäre und durch den Buchhandel vertrieben werden sollte, sich auf 2 M. stellen würde. Der Verein hat deshalb auch auf den Vertrieb durch den Buchhandel kein Gewicht gelegt. Das Buch ist allerdings im Buchhandel zu haben und kostet dann 2 M. (nicht 5 M., da der Verein eben auf jeden Gewinn verzichtet.) Für seinen Vertrieb müssen deshalb andere Wege eröffnet werden. Und an dem Arbeitsergebnisse wird es nun liegen, den Verein auf seinem Wege zu unterstützen.

Der genannte Verein sucht zur Erleichterung des Vertriebes
Mediologen in allen größeren Orten zu errichten. Wer um der
Sache willen für die Verbreitung des Buches sorgen möchte (ein
Vorname ist ebenso wie jedes Rüttlo ausgeschlossen), wird gebeten,
sich an folgende Adresse zu wenden: Herrn A. Vool, Hamburg 18,
Sedanstraße 9.

"Die Gewerkschaft" erscheint alle 14 Tage Freitags und ist durch die Post unter Nr. 8164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 2 M. (ohne Briefporto). Anzeigen lösen die viergezahlten Beiträge 0,40 M., bei Wiederholungen billiger. Für Verbandsmitglieder und Mitglieder des DGB ist der Beitrag 0,15 M. netto.

Totenliste des Verbandes.

**Antonio Burrato,
Pforzheim,**
† am 31. Oktober 1905, im
Alter von 24 Jahren.

Hans Jöhnk, Kopperpahl,
† am 16. November 1905, im
Alter von 21 Jahren.

Gustav Schumann,
Berlin XV.

Robert Weißner, Leipzig.
am 18. November 1905, im
Alter von 50 Jahren.

Ehre ihrem Kunden!

Wir sind überdrüssige Nummern der „Gesellschaft“? Wir bitten um sofortige Einsendung folgender Nummern: 15, 16, 17, 18 und 19 aus dem laufenden Jahrgang.
Der Verleger anfordert

Glas-Christbaumschmuck

aus erster Hand verleiht aus verpaftem Stoff
Ser. I. 325 St. höhere versilberte Panorama- und Erstzüge,
mit Überdruck Gemüse und Früchte mit den
gewünschten Schriftzeichen bedruckt. Leuchtfeuer, grün über
braunen Baumwollstoff mit 24 St. auf der Länge von
Früchte, Schneebälle, Glocken, Vogel, Trompeten usw. zum
Preise von Mk. 5,- pro Stück. Sack 100 St. ab
Mk. 20,- bis 30,- **Ser. II. 110** Stück grössere Säcken zum
selben Preise Mk. 5,- Stoffdurchmesser bei 100,- Teile
der Sortimente hängt ich gratis eine Gruppe im
Vorhof, mit einem kleinen Beipiel daneben zum
Fruchtkasten mit Blumenbeobachter und einer beweglichen Enge.
2 Paket Lamette und 2 Paket Konfekthalter bei nur
150 Stück zu Mk. 3.50 Sonderabnahme 25,- bis 30,- Herber-
Blumensträuße, wie sie oben beschrieben, kostet Mk. 2.50,-

Wunid kleineres Sort. 150 Stück zu M. 3,50 oder im Dutzend zu M. 3,70 Herbergsgrone Fruchtvase mit Blumenbouquet. Der Händler Sort. zu M. 5,-

Max Heumann, Lauscha S.-Mein. 12.

Print. On Tinting lot best used for embossed and stamped letters. Price per dozen 40/- per dozen 12/-
Postage 5/- postage W. 5/- stamp 2/- total 2/- ready to send by post.

Amerikaner sehr leistungsfähig | Stahlwarenfabrik,
ist die Firma Versandhaus I. Ranges

Gebrüder Rauh

**Gesetzlich
geschützt!** **30 Tage zur Probe!** **Gesetzlich
geschützt!**

NEU! Sensationell! NEU!

Alpenecho

Nr. 10 278 Picco-Harmonika „Alpenecho“.

Die beiden am leichtesten spielbaren Musikinstrumente **Piccoloßöte** und **Mundharmonika**, in einem vereint. Die **Pickoßöte** ist nach dem Mundharmonika abgestimmt mit hohen Tönen. Klein, leicht, empfindlich wie ein Federfeder, so dass jedermann in kurzer Zeit ohne Vorkenntnisse Lieder, Tänze und Marsche spielen kann. Die Mundharmonika ist eine amerikanische Fabrikat, rein abgestimmt und von wunderlicher Klangwirkung.

**Prest eines lieblich
sein Goldstück. Nur**

Versand unter Nr. 16
oder Anfang
Zeitung des Bottrops.

Garantie-Schein Nichtgültige Waren tauschen wir herzlich um oder zahlen Betrag zurück.

Umsonst und portofrei

Weihnachts-Prachtatalog

ohne Kauflizenz vertrieben wird mit Muster an
oder im Postamt abholbar.

BRILLANT

FABRIK-MARKE.

Schirme, Musik-Instrumente, Kinderspielwaren, Christbaumzänder, Chris-

Es kommt nur gediegene, elegante und preiswürdige Ware zum Versand.

Über 50% unserer Anrechnungsschreiben bestätigen die Güte und Qualität unserer Waren. Bei erhöhter Sammel-Auftragen Extra.